

**Annahme-Bureau:**  
In Posen  
bei Herrn Th. Spindler,  
Markt- u. Friedrichstr. Ecke 4,  
in Grätz bei Herrn F. Streifand,  
in Frankfurt a. M.:  
G. F. Naube & Co.



Nachmittags-Ausgabe.

# Posener Zeitung.

Fünfundsechzigster Jahrgang.

**Annahme-Bureau:**  
In Berlin, Hamburg,  
Wien, München, St. Gallen:  
Kudolph Hoffe;  
in Berlin, Breslau,  
Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg  
Wien u. Basel:  
Hansenstein & Vogler;  
in Berlin:  
A. Reilmeyer, Schloßplatz;  
in Breslau: Emil Kahlth.

Nr. 538.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der  
Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt viertel-  
jährlich für die Stadt Posen 1 1/2 Thlr., für ganz  
Preußen 1 Thlr. 24 1/2 Sgr. — Bestellungen  
nehmen alle Postanstalten des In- u. Auslandes an

Freitag, 15. November  
(Erscheint täglich zwei Mal.)

Inserate 2 Sgr. die sechsgehaltene Zeile oder  
deren Raum, dreigehaltene Reklamen 5 Sgr., sind  
an die Expedition zu richten und werden für die an  
denselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10  
Uhr Vormittags angenommen.

1872.

## Amtliches.

**Berlin, 14. Novbr.** Der König hat dem bisherigen General-Telegraphen-Direktor, General-Major v. Chauvin, und dem Geh. Ober-Finanz-Rath Geim, vortragenden Rath im Finanz-Ministerium, den Stern zum R. A. D. 2. Kl. mit Eigenlaub; dem Geh. Sanitäts-Rath und Kreis-Physikus Dr. Voß zu Schönau, dem Kreisger.-Rath Ler zu Attendorn, dem Kreisger.-Rath Meyel zu Potsdam, und dem Pfarrer, Landdechanten und Schul-Inspektor Bono zu Holzweiler, Kr. Erlebens, den R. A. D. 3. Kl. mit der Schleife; dem Kreisger.-Rath Gremler zu Erwitte, dem Direktor des Deutschen Gewerbe-Museums, Baumeister Karl Brunow zu Berlin, dem Kreis-Schul-Inspektor, Pfarrer und Landdechanten Brender zu Greifath, Kr. Neuß, dem Lehrer Dr. Arnold Müller an der Realschule 1. Ordnung zu Halberstadt, dem Strafsanitäts-Sekretär Fabian zu Ghrütz und dem Steuer-Erheber Dehntke zu Baruth, Kr. Jüterbog-Luckenwalde, den R. A. D. 4. Kl.; dem stellvertretenden Direktor der Realschule in Berlin, Professor Dr. Strack, dem Premier-Lieut. a. D., Steuer-Inspektor und Steuer-Einnehmer Fabarius zu Knowraclaw, dem hertzoglichen Oberförster Franz zu Dambrau, Kr. Falkenberg, dem Fabrikanten Georg Breithaupt sen. zu Kassel und dem Hauptlehrer an der 31. Gemeindeschule in Berlin, Sigismund Manigk, den R. A. D. 4. Kl.; dem Landgeschwornen Gottfried Fischer zu Niederschören, Kr. Marienwerder, das Kreuz der 4. Kl. des Hausordens von Hohenzollern; dem Schulzen Spiller zu Gollmütz, Kr. Birnbaum das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen; der Wahl des Oberlehrers Dr. Wilhelm Küster am Friedrichs-Gymnasium in Berlin zum Direktor des Gymnasiums in Neu-Ruppin die Bestätigung ertheilt.

Der König hat für die drei Jahre von jetzt bis zum 1. Oktober 1875 zu Mitgliedern des Gerichtshofes, welcher nach § 6 des Gesetzes vom 13. Februar 1854 in Fällen von Kompetenzkonflikten zu entscheiden hat, den General-Lieutenant und Kommandeur der 2. Garde-Infanterie-Division, v. Budritzki, den General-Major und Kommandeur des Kadetten-Corps, v. Wartenberg, und den General-Major und Inspektor der 1. Pionier-Inspektion, v. Braun, ernannt; außerdem den General-Major und Kommandeur der 4. Garde-Infanterie-Brigade, von Dannenberg, zur Mitwirkung bei dem genannten Gerichtshofe in Stelle abwesender Mitglieder bestimmt.

## Die Kreisordnung.

Die national-liberale Korrespondenz schreibt:  
Wir dürfen heute über den vollendeten Abschluß der Verhandlungen über die Kreisordnung berichten. Die Regierung hat den Entwurf, welcher demnachst in das Abgeordnetenhaus eingebracht werden wird, so eingeklagt, daß derselbe ohne jede Abänderung zur Annahme gelangt wird; die große Mehrheit des Abgeordnetenhauses ist für dieses Endergebnis bereits gesichert. Erfreulich hierbei ist, daß wir als äußerst wahrscheinlich das Zusammengehen der großen liberalen Partei bezeichnen dürfen; auch ist die freikonservative Partei bis zum letzten Augenblicke eine treue Gefährtin der Liberalen geblieben. Wenn auch bei einzelnen Verhandlungen zwischen den Wünschen der Liberalen und Freikonservativen auseinander gegangen sind, so hat doch der feste Zusammenhalt zwischen den einzelnen Mitgliedern, aus welchen die Mehrheit in der vorigen Session sich zusammengesetzt hat, seine vortreffliche Wirkung bewährt. Die Fortschrittspartei scheint noch einige Abänderungsanträge zum Regierungsentwurf in Absicht zu haben; indessen kann diesem Vorgehen nur die Wahrheit des Standpunktes als Beweggrund zugeschrieben sein; denn es unterliegt keinem Zweifel, daß die entschiedene Mehrheit des Abgeordnetenhauses den jetzigen Standpunkt bereits als einen definitiven betrachtet. Die Zeit der Verhandlungen ist vorüber und die Vereinbarungen gelten mit moralischer Verpflichtung sowohl für das Abgeordnetenhaus wie für die Regierung als unabänderlich. In der That ist der Gesamtzustand der Kreisordnung in den vier Jahren, seitdem die ersten Verhandlungen der Regierung mit den Vertrauensmännern der beiden Häuser des Landtages begonnen haben, so gründlich durchsicht und der Inhalt allen Beteiligten so lebhaft zum Verständnis gebracht worden, daß die Verhandlungen neue Gesichtspunkte nicht mehr zu Tage fördern können. Aus allen den Irrthälern, denen diese bedeutende Reform unterworfen gewesen ist, hat sich wenigstens der eine Vortheil ergeben, daß alle einzelnen Punkte sowohl im Inhalt wie in der Fassung einer mehr als gewöhnlichen sorgfältigen Erwägung unterzogen worden sind. Im Großen und Ganzen darf der Satz aufrecht erhalten werden, daß von den leitenden Grundzügen, welche das Abgeordnetenhaus mit so großer Mehrheit unter Billigung der Regierung in der vorigen Session beschlossen hat, in keinem Punkte abgewiesen worden ist. Alle entgegengesetzten Nachrichten und Anschauungen dürfen als der Sache nicht entsprechend bezeichnet werden. Vor Allem sind alle Vorschriften, welche die Organisation des Kreistages, der Kreisbehörden, die Organe der Selbstverwaltung, das Verhältnis der Polizei zum Rechtsverfahren und das Verhältnis der Staatsbeamten zu den Organen der Selbstverwaltung betreffen, in ihren Grundzügen ganz unverändert geblieben. Ein Gleiches gilt von denjenigen Reformen, welche das gegenwärtige Gesetz für die ländliche Ortsgemeinde einführt. In der Bildung des Amtsbezirks sind bis auf einen erheblichen Punkt gleichfalls die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses angenommen worden. Die eine erhebliche Ausnahme betrifft den Umstand, daß davon abgesehen worden ist, in das Gesetz diejenige Seelenzahl aufzunehmen, welche eine Dorfsgemeinde berechnen soll, die Bildung eines selbständigen Amtsbezirks zu fordern, sowie diejenige Seelenzahl, aus denen „in der Regel“ der zusammengesetzte Amtsbezirk zusammengefaßt werden soll. Während die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses in der Regel 800 Seelen als Minimum und 3000 als Maximum festgesetzt haben, sind diese Zahlen in dem jetzigen Entwurf weggelassen. Die Wichtigkeit dieses Umstandes tritt in die Augen; es heißt aber dieselbe völlig mißverstehen, wenn daran die Betrachtung geknüpft wird, daß nunmehr die Erhaltung des Gutsbezirks als selbständiger Amtsbezirk bewirkt sei. Diese Vorschrift betrifft ja eben die zusammengesetzten Amtsbezirke, was zur Voraussetzung hat, daß darin der betheiligte Guts-

bezirk kein selbständiges Amt bildet; in denjenigen Merkmalen hingegen, unter denen ein Gutsbezirk für sich als ein selbständiger Amtsbezirk soll erklärt werden können, ist von den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses nicht abgewichen worden. Außerdem sind auch für den zusammengesetzten Amtsbezirk mit Ausschluß der Seelenzahlen alle übrigen Merkmale beibehalten worden, nach denen die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses die Amtsbezirke gebildet wissen wollen. Endlich ist der zukünftigen Provinzialvertretung die Revision aller bis dahin gebildeten Amtsbezirke zur Pflicht gemacht worden; die ursprüngliche Bildung der Amtsbezirke aber soll in jedem Kreise erst auf Vorschlag des nach der neuen Kreisordnung zusammengesetzten Kreistages erfolgen. Nur einer Kreisvertretung, welche dem Geiste des Gesetzes völlig entgegen ist, könnte es möglich sein, die Amtsbezirke so zu bilden, daß durch diese wirksame Kommunalverbände nicht hergestellt werden können, indessen unterliegen in erster Linie diese Vorschläge dem entscheidenden Entschlusse des Ministers des Innern, welcher die vorläufige Bildung unter seiner Verantwortlichkeit vornimmt, und in zweiter Linie der Revision der auf neuer Grundlage hergestellten Provinzial-Vertretungen. Die Regierung aber hat die positivste Versicherung abgegeben und wird dieselbe unzweifelhaft auch amtlich fixiren, daß sie gesonnen ist, die Amtsbezirke im Geiste der Abgeordnetenhauses-Beschlüsse zu bilden. Demgemäß darf die Mehrheit, welche in der vorigen Session die Beschlüsse des Hauses vereinbart hat, sich die Gemüthung nicht versagen, daß im Wesentlichen die von ihr niedergelegten Grundzüge durchgedrungen sind. Wenn auch diejenigen Konservativen, welche früher die erbittertsten Gegner der neuen Kreisordnung waren, jetzt zur Annahme derselben sich herbeidrängen, so liegt dieser Umstand keineswegs in den Veränderungen, welche der jetzige Entwurf erfahren hat, sondern in den veränderten politischen Verhältnissen, denen die Konservativen in so auffälliger Weise Rechnung zu tragen suchen.

BAC. Die Mittheilungen, welche über die Abänderung, die die Kreisordnung erfahren hat, durch die Zeitungen gehen, rühren von kundiger Hand her, bedürfen aber doch in einigen Punkten der Berichtigung. Erstens ist es nicht richtig, daß für die Provinz Sachsen ein Grundsteuerbetrag von 150 Thalern als Merkmal für die Angehörigkeit zum größeren Grundbesitz festgestellt worden ist, sondern es ist ein Grundsteuerbetrag von 10 Thalern als Regel festgesetzt, der durch den Provinziallandtag für einzelne Kreise auf 150 Thlr. erhöht, für andere auf 50 Thlr. erniedrigt werden kann. Zweitens ist es nicht richtig, daß, wenn der Amtsausschuß die Zustimmung zu Polizeiverordnungen für den Amtsbezirk verweigert, dieselben vom Landrath mit Zustimmung des Kreistages sollen erlassen werden können, sondern es soll die Zustimmung, welche der Amtsausschuß verweigert, auf Antrag des Amtsvorstehers durch den Kreisamtsauschuß ergänzt werden können. Drittens ist es nicht richtig, daß Beamte und Geistliche, wie in den Städten, so jetzt auch zu den Kreissteuern nur mit dem halben Dienstverdienst herangezogen werden können, sondern es bleiben nur die alten Befreiungen für die Kreisabgaben aufrecht erhalten und die Aufhebung derselben, welche die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses in der vorigen Session ausgesprochen hatten, wird ausdrücklich in der besonderen gesetzlichen Regelung vorbehalten. Viertens ist es nicht richtig, daß die Vorschlagsliste, aus welcher der Amtsvorsteher zu entnehmen ist, jetzt zu Gunsten größerer Freiheit in der Wahl für die Regierung ausgedehnt werden soll, sondern es ist in diesem Punkte an dem ursprünglichen Entwurfe festgehalten und lediglich eine redaktionelle Aenderung vorgenommen worden; außerdem aber ist dem zukünftigen Gesetze über die Provinzialvertretung vorbehalten worden, wie im Falle eines offenkundigen Mißbrauchs des Vorschlagsrechts Abhilfe durch die Organe der Selbstverwaltung geschaffen werden könne. — Bezeichnend dafür, in welchem Geiste die Verhandlungen zwischen den Vertrauensmännern und der Regierung geführt worden sind, ist übrigens, daß, abgesehen von den unwesentlichen Punkten, in der Regierungsvorlage von liberaler Seite 8 Punkte als solche bezeichnet worden waren, welche als „prinzipiell“ gelten müßten und einer Abänderung bedürften, und daß von diesen 8 Punkten 7 nach den Vorschlägen der Liberalen erledigt wurden und nur ein Punkt verblieben ist, bei welchem die Regierung bei ihrem Vorschlag beharrte.

## Deutschland.

△ Berlin, 14. Nov. Die Besorgnis über den Gesundheitszustand des Fürsten Bismarck ist bereits wieder gehoben. Die Erkrankung, welche nur in einer unbedeutenden Erkältung bestand, ist im Abnehmen begriffen. — Mit der Reichs-Postverwaltung sind Verhandlungen angeknüpft, die Annahme und Auszahlung von Sparlassengeldern künftig durch die Postanstalten erfolgen zu lassen, um den Geschäftsverkehr der preussischen Sparkassen zu vereinfachen. — Auf der Tagesordnung der heutigen Bundesraths-Sitzung steht die interessante Frage, ob das Reich Eigenthümer der zu den ihm übernommenen Verwaltungszweigen gehörigen fiskalischen Besitztümer ist. — Wie verlautet, sind die Ultrakonservativen des Herrenhauses von ihrer Absicht, eine Adresse an den König zu erlassen, wieder zurückgekommen. Dies wird damit motivirt, daß die Eröffnungsrede keine Gelegenheit dazu geboten habe und behauptet, daß man nur in diesem Falle eine Adresse im Sinne gehabt habe. — Die gegenwärtige politische Krisis scheint nicht bloß von unmittelbarer Wirkung auf das Herrenhaus zu sein, sondern auch im Abgeordnetenhaus eine Neubildung der konservativen Partei zu veranlassen. Bekanntlich sprach man schon zur Zeit, als sich im Reichstage die national-monarchische Partei konstituirte, davon, auch im preussischen Landtage eine ähnliche Formation eintreten zu lassen. Wie man hört, ist dies nun jetzt auf

Grund des von Jenen aufgestellten Programms, mit den erforderlichen Aenderungen und Erweiterungen im Werke und unterliegt es wohl keinem Zweifel, daß sich zahlreiche Elemente der bisherigen konservativen Fraktion um dasselbe schaaren werden. Sehr gespannt ist man darauf, wie sich diejenigen Mitglieder derselben, welche ihre politischen Inspirationen bisher von den Herren Bodelschwing und Glaser empfangen, zu ihm stellen werden. Mit einiger Sicherheit darf man darauf rechnen, daß die Majorität der Konservativen des Abgeordnetenhauses der neuen Kreisordnung zustimmen wird. Was letztere selbst betrifft, so wird der Minister des Innern heute bei Sr. Majestät Vortrag halten und die Einbringung derselben nach der neuen Geschäftsordnung wahrscheinlich morgen erfolgen.

△ Berlin, 14. November. Das neue Steuergesetz liegt dem Abgeordnetenhaus jetzt vor. Die in der Thronrede pompastisch angekündigte Absicht „den weniger wohlhabenden Einwohnerklassen eine umfassende Steuererleichterung zu Theil werden zu lassen“, schränkt sich danach auf Personen ein, welche weniger als 140 Thlr. Einkommen haben. Diese Steuerbefreiung wird also höchstens die Dienstoffenerklasse und diese nicht einmal überall treffen. Die Dienstoffener erleichtern heißt aber thatsächlich nur die Herrschaften erleichtern, von welchen die Steuer in der Mehrzahl der Fälle gezahlt wird. Eine gewöhnliche Tagelöhnerfamilie kommt heut nirgend mehr mit 140 Thlr. jährlich aus. Für diese und die ihnen nahestehenden Klassen bringt das Gesetz indirekt Steuererhöhungen statt Steuererleichterungen, indem es die Klassensteuer durch eine Einkommensteuer ersetzt. Für 140—175 Thlr. Einkommen wird 1 Thlr. Steuer erhoben, für 175—210 Thlr. 2 Thlr., für 210—250 Thlr. 3 Thlr., für 250—300 Thlr. 4 Thlr., für 300—350 Thlr. 5 Thlr., für 350—400 Thlr. 6 Thlr. u. s. f. Eine gewöhnliche Tagelöhnerfamilie, die bisher 15 Sgr. oder 1 Thlr. Steuer bezahlte, kann nach dieser Tabelle leicht bis auf 3 Thlr. oder noch höher hinaufgeschraubt werden. Der Ausdruck, daß das Einkommen „unter Berücksichtigung der die Leistungsfähigkeit bedingenden wirthschaftlichen Verhältnisse“ maßgebend sein soll, ist zu wagen, um dagegen zu schützen. In der That und Wahrheit ist das Gesetz darauf angelegt, die Steuerlast nach unten wirksamer zu machen und der Staatskasse ein erhebliches Plus zuzuführen. Von Kontingentierung oder Quotifizierung des Gesamtsteuerertrages ist keine Rede. Auch die Mahl- und Schlachtsteuer wird unverändert beibehalten. Die übrigen Aenderungen des Gesetzes von 1851 sind theilweise ganz praktisch, indessen sämtlich von untergeordneter Bedeutung. Die Zahl der Stufen der klassifizirten Einkommensteuer wird von 30 auf 40 erhöht, außerdem das Steuermaximum fallen gelassen. Während bisher die Bezirkskommissionen endgültig über Reklamationen entschieden, soll unter Vorsitz des Generalsteuerdirektors eine Zentralkommission gebildet werden, bestehend aus 5 Abgeordneten und 5 Herrenhäusern. In den untersten Stufen werden die 16- und 17-jährigen und die Inhaber des eiserne Kreuzes und der Militär-Ehrenzeichen von der Steuer befreit.

△ Berlin, 14. November. Nach den neueren Mittheilungen aus Danzig sind nunmehr die sämtlichen dort seit längerer Zeit in Bau begriffenen „Schiffe“ vom Stapel gelaufen. In der Bauausführung bleibt zunächst nur die Louise, für welche die Inbaunahme ebenfalls bereits Ausgang 1869 oder Anfang 1870 verfügt worden ist. Neu in Bau genommen sind die Freya und Thymelba, die neuerdings indessen erst als bis zur Kiellegung fortgeschritten bezeichnet werden. Neue Schiffsbauten sind zunächst noch nicht angeordnet worden, und stehen solche für Danzig auch vorerst wohl kaum zu gewärtigen, weil nach übereinstimmenden Mittheilungen für die dortigen Werften größere Bauten beabsichtigt werden, um dieselben allmählig aus dem bisherigen provisorischen in einen definitiven Zustand überzuführen. Die Fertigstellung der von der Gesellschaft Vulkan in Bau genommene Panzer-Fregatte Borussia soll kontraktlich bis Ausgang nächsten Jahres erfolgen, und hört man nach Mittheilungen von dort, diesen Zeitpunkt einhalten zu können. Die Bauzeit der auf dem Werft von Samuda in London in Bau gegebenen Panzer-Fregatten Metz und Sedan war gleicherweise auf zwei Jahre ausbedungen worden und würde diese ebenfalls Ende 1874 oder spätestens Anfang 1875 abgelassen sein. Für die in Wilhelmshafen und Kiel in Bau begriffenen Panzer-Fregatten Großer Kurfürst und Friedrich der Große scheint endlich eine bestimmte Bauperiode nicht ins Auge gefaßt zu sein, doch ist die Inbaunahme des ersten Schiffs ebenfalls bereits 1869 erfolgt und steht dessen Vollendung wohl gleicherweise für Ende 1874 oder Anfang 1875 zu gewärtigen. Der Zuwachs, welcher die deutsche Flotte in diesem Jahre von neuen Schiffen erfahren hat, stellt sich somit auf eine Panzer-, eine Glatdeck-Korvette und zwei Aviso-Kanononenboote. Derselbe wird sich bis 1874 voraussichtlich auf eine Glatdeck-Korvette beschränken, wozu dann spätestens bis Mitte 1875 noch zwei Glatdeck-Korvetten und vier Panzer-Fregatten hinzutreten würden. Das seemännische Personal wird pro 1872/1873 in dem diesjährigen Marine-Etat zu 268 Offizieren, 3768 Matrosen, ein Maschinenpersonal von 647 Köpfen und 400 Schiffshandwerker angegeben. Dasselbe soll bis 1877 die Stärke von 350 Offizieren, 5600 Matrosen, 1019 Köpfen des Maschinenpersonals und 400 Schiffshandwerker erreichen. Die Zwischenstufe für 1875 findet sich dabei nicht mit angegeben. Da von da ab bis 1877 jedoch vor den zur Zeit in Bau begriffenen Schiffen höchstens noch die Vollendung einer Panzer-Fregatte aussteht, würde der letztangeführte Etat die Hauptstütze nach bereits mit dem erstbezeichneten Jahre erreicht werden müssen, was immerhin, namentlich in Betreff der Steigerung des Offiziercorps und der so beträchtlichen Erhöhung des Maschinenpersonals, eine Schwierigkeit bieten möchte, und wodurch eine fernere rasche Steigerung der Schiffszahl der deutschen Flotte wohl eine naturgemäße Beschränkung finden dürfte. — Die veränderte Stellung, welche Oesterreich zu Deutschland eingenommen hat, beginnt in den neueren Bestimmungen über das österreichische Grenzgebiet zu gelegener deutscher Festungen und ebenso umgekehrt ihren Ausdruck zu finden. Die Bestimmungen von Dresden sind durch kaiserliche Verfügung bereits aufgehoben worden, und Erfurt und Meise werden als zur Aufgabe bestimmt bezeichnet. Auch für Kofel kann die Aufgabe wohl nahezu als gewiß erachtet werden, und bleibt darnach von allen wider Oesterreich einst aufgerichteten festen Plätzen nur noch Glas, wovon erst in zweiter Linie Hoggau und an der Elbe der Königstein, Torgau, Wittenberg und Magdeburg eine gegen Süden gelehrte Fortifikationslinie bilden. Wie die Entscheidung über Torgau und Wittenberg fallen dürfte, erhellt außerdem noch nicht, und möglich immerhin, daß auch noch die eine oder andere von

diesen beiden kleinen Festungen zum Eingehen bestimmt werden möchte. Andererseits scheint man auf die 1867 projektirte und noch 1869 sehr warm empfohlene Befestigung von Prag ganz verzichtet zu haben, während Königgrätz, Jopsephstadt und Theresienstadt schon vor 1866 offengelassen waren, was belagen will, daß für die Unterhaltung der Werke dieser Plätze keine Jahresaufwendungen mehr gemacht, dieselben aber in dem Zustande belassen werden, um, wie auch in dem vorgenannten Jahre geschah, deren Befestigungen im Gebrauchsfalle noch wieder zur Aufnahme einer Vertheidigung herstellen zu können. Die einzige Deutschland zugekehrte Festung bildet demnach für Oesterreich, ebenfalls weitab in zweiter Linie, nur noch Olmütz, und auch von der 1867 und in den folgenden Jahren seitens der österreichischen mit Rebanchegedanken tragenden militärischen Kreise so vielfach befürworteten Befestigung von Wien ist dort seit lange schon nicht mehr mit einem Worte die Rede gewesen.

Der Kaiser hat unterm 21. v. M. Bestimmungen genehmigt, betreffend die Einführung von Chef-Aerzten in die Friedens-Lazarethe. Die Lazareth-Kommissionen gehen am 1. Januar f. J. ein, und werden die Friedens-Lazarethe der Leitung von Chef-Aerzten unterstellt, welche zugleich eine etatsmäßige Stelle als Truppen- oder Garnison-Aerzte einnehmen.

Die gestrige Wahl des Grafen Brühl zum zweiten Vizepräsidenten des Herrenhauses ist lediglich nach der „Spn. Ztg.“ dem Umstande zu verdanken, daß fünf Mitglieder der neuen Fraktion sich während der Abstimmung entfernt hatten. Nur vier Stimmen fehlten bei dem letzten Wahlgang dem Kandidaten der linken Seite des Herrenhauses, Herrn von Bernuth. Diese vier Stimmen wären vorhanden gewesen, wenn die Partei in allen ihren Mitgliedern fest ausgehalten hätte. Ein solches festes Aushalten gehört aber zum Wesen einer politischen Partei. Personen, die nicht so viel Mark haben, um auf dem Platze zu bleiben, wenn es sich darum handelt, den Grafen Brühl zu schlagen, thäten besser, auf das politische Leben überhaupt zu verzichten. Von einem anderen Standpunkt aus kann man allerdings die Wahl des Grafen Brühl beglückwünschen; jedenfalls aber ist dies nicht der Standpunkt der Mitglieder, welche aus Schamlosigkeit oder Nachlässigkeit nicht einmal zwei Stunden im Herrenhaus aushalten konnten.

Bei der Wahl Benningsen's zum zweiten Vizepräsidenten ist es aufgefallen, daß die Fortschrittspartei mit weißen Zetteln stimmte, da sie für den Kandidaten der Zentrumsfraction (August Reichensperger) doch nicht fähig stimmen konnte. Leider wird dem Hause im Verlaufe der Session eine nochmalige Wahl des ersten Präsidenten nicht erspart bleiben, da die Stadt Breslau ihren Oberbürgermeister, den jetzigen Präsidenten des Abgeordnetenhauses, v. Jordanbeck, zur Vertretung für das Herrenhaus präsentiren und Hr. v. Jordanbeck darauf eingehen wird. Für das Abgeordnetenhaus entsteht hierdurch eine große, schwer auszufüllende Lücke. In den Fraktionen haben Vorbereitungen über die Ersatzwahl bereits begonnen, da diese voraussichtlich schon nach Erledigung der Kreisordnung an das Abgeordnetenhaus heran treten dürfte.

Die seitens der Städte Berlin und Memel präsentirten Herrenhausmitglieder Oberbürgermeister Hobercht und Stadtrath Richter haben durch Allerhöchste Ordre vom 6. d. Mts. die königliche Befestigung erhalten.

Die „D. N. C.“ behauptet, daß seitens des Evangelischen Oberkirchenrathes ein Promemoria in Betreff des beabsichtigten Gesetzes über die Einführung der obligatorischen Eivilche abgefaßt worden sei, in dem sich im Allgemeinen eine Empfindlichkeit darüber kund gebe, daß man in dieser Frage nicht zunächst ein Guthaben des Evangelischen Oberkirchenrathes eingefordert habe.

Sodann verweise das Schriftstück auf die Bedürfnisfrage; der Oberkirchenrath kann nicht ausfindig machen, daß im Staats- und Völkerveränderungen eingetreten seien, die zu dem Erlaß eines derartigen Gesetzes drängen; er glaube vielmehr, daß für die Regierung hierzu hauptsächlich der Streit mit den Ultramontanen Veranlassung sei. Um aber Theorien (1) zu befriedigen, mache man doch

nicht Gesetze von so einschneidender Bedeutung! Die kirchliche Trauung habe eine Existenz von Jahrhunderten hinter sich, und sie genüge den Anforderungen einer in der Konfession treuen Bevölkerung. Die Zivilehe würde nur von solchen Personen willkommen geheißen werden, welchen die kirchliche Ehe, zum Theil auch die bürgerliche Ehe nicht zugänglich sei, z. B. Sektirern, denen die Eigenschaft, als zu einer vom Staate anerkannten Kirche zu gehören, bestritten wird, Mitglieder einer im Staate anerkannten Kirche, die eine von letzterem reprobierte Ehe eingehen wollen, geschiedene Evangelische und auch Katholiken, denen eine Ehe wegen kanonischer Hindernisse verlag ist. Diese könnten sogar unter Umständen immer noch von evangelischen Geistlichen die Ehe verlangen. Ehen, die von lüderlichen Personen zum Schutze der gewerblichen Prostitution geschlossen werden und andere denen ähnliche Ehebindnisse seien hierzu allerdings nicht zu rechnen. Haupt-sächlich sei wohl für die Staatsregierung bei Erlaß des Gesetzes der politische Gesichtspunkt maßgebend gewesen und die Rücksicht auf den ausgebrochenen Konflikt mit der katholischen Kirche, die mit Hilfe der den Geistlichen: staatlich konzelebrierten Rechtsstellung ihren Einfluß auf die der Parochie Angehörigen auszuüben suche. Dies sei aber kein genügender Grund zum Erlaß eines derartigen allgemeinen Gesetzes.

Wenn dieser Bericht der „D. N. C.“ richtig ist, so kann man nur beklagen, daß eine so hochstehende kirchliche Behörde einen so beschränkten politischen Gesichtskreis hat. Wer heute in dem großen Kampfe des Staates mit der römischen Kirchengewalt die obligatorische Zivilehe eine Theorie nennt, würde gut thun, statt die evangelische Kirche zu regieren, sich in ein pommerisches Dorf verziehen zu lassen. Diese Unfähigkeit, die großen Fragen unseres Staatslebens zu begreifen, wird hoffentlich mit dem Eintreten des Präsidenten Herrmann in die Geschäfte aufhören.

Wie man dem „Bör.-C.“ mittheilt, wird von liberaler Seite beabsichtigt, die von uns bereits erwähnte neue russisch-preussische Konvention zum Gegenstand einer Interpellation im Abgeordneten-hause zu machen, insofern die Rechtsgültigkeit dieser Konvention sehr in Frage steht. Nach Art. 48 der preussischen Verfassung bedürfen bekanntlich Verträge mit fremden Regierungen zu ihrer Gültigkeit der Zustimmung der beiden Häuser des Landtags, sofern es Handelsan-träge sind, oder, wenn dadurch dem Staate Lasten oder einzelnen Staatsbürgern Verpflichtungen auferlegt werden.

Die Sekretäre des berliner Stadtgerichts hatten sich unterm 10. August d. J. an den Justizminister mit der Bitte gewendet, bei dem k. Staatsministerium die Gleichstellung der Bureau-beamten erster Klasse des l. Stadtgerichts mit den in Berlin stationirten Sekretären der übrigen Lokalbehörden in Rang und Gehalt vom 1. Januar 1873 ab befürworten zu wollen. Nachdem jetzt zur Kenntniß der Bittsteller gelangt ist, daß diesem Gesuche in dem vor-gelegten Staatshaushaltsetat pro 1873 keine Berücksichtigung zu Theil geworden, haben sie nunmehr in einer Petition an das Haus der Abgeordneten die Bitte gerichtet, bei der bevorstehenden Berathung des Staatshaushaltsetats das Durchschnittsgehalt dieser Beamten von 950 Thlr. auf 1050 Thlr. normiren zu lassen.

Ueber die eigentliche Grundlage der Konferenzen in der sozialen Frage erzählt die „Natztg.“, daß zwei offizielle Schriftstücke existiren, ein österreichisches Memorandum vom 22. September 1871 und ein preussisches Exposé, welches von Ende November 1871 datiren dürfte. Beide Schriftstücke erblicken die Aufgabe des Staates nicht in polizeilichen Vorkehrungen gegen die „Internationale“, sondern vielmehr in der Geltendmachung der staatlichen Fürsorge für die Beseitigung thatsächlicher Mißstände, sowie für die Regelung der in den letzten Jahren chaotisch gewordenen Arbeitsverhältnisse, wobei die Interessen der Arbeitnehmer wie der Arbeitgeber gleiche Berücksichtigung finden sollen. Nicht auf staatspolizeilichem Gebiete, sondern vorwiegend auf dem Gebiete der innern Gesetzgebung und Verwaltung werden sich die Konferenzen bewegen und wird man namentlich die Kon-statirung der beiderseitigen Verhältnisse, Gesetzgebungen und bisherigen staatlichen Vorkehrungen, die Ermittlung etwaiger Lücken und Bedürfnisse, sowie die Vereinbarung der zu ihrer Ausfüllung nothwendigen Schritte ins Auge fassen. Die Verhandlungen werden sich

durchaus auf dem Boden der realen Verhältnisse bewegen; damit ist aber wohl auch ein deutlicher Fingerzeig gegeben, daß man gut daran thun wird, die Erwartungen auf durchgreifende Ergebnisse der Konfe-renzen nicht zu hoch zu spannen.

Während der Dreikaiserzusammenkunft im September war hier wie der „R. Ztg.“ geschrieben wird, der frühere Minister des Erbkönigs von Neapel, Herr v. Canofari anwesend, der bald darauf nach Paris zurückkehrte und dort in Folge eines Unfalls starb. Wie man jetzt erfährt, wollte er hier die drei Kaiser zu einer Verwendung bei dem Könige von Italien veranlassen, damit dieser dem Könige von Neapel dessen Privatvermögen zurückgebe. Die Sache wurde außer der amtlichen Sphäre verhandelt. Man weiß nicht, ob eine solche Verwendung des einen oder anderen Souveräns stattgefunden hat, aber es soll jetzt wirklich von der Rückgabe jenes Vermögens die Rede sein, gegen das Versprechen des Königs von Neapel, daß er sich fortan jeder politischen Agitation enthalten wolle.

Die „Germ.“ behauptete neulich, daß die neuen Schulbestimmungen die katholischen Schulen nichts angingen, theils weil sie in dem gedachten Auszuge keinen speziellen Hinweis auf katholische Schulen fand, theils weil überhaupt diese neuen Bestimmungen zum Erlaß der Kaiser-Stichel'schen „Regulative“ erlassen waren, welche letzteren für katholische Schulen keine Geltung hatten. Jetzt ist ihr aus dem Wortlaute jener Verfügung die Erkenntniß gekommen, daß jene Verfügungen doch Bestimmungen für katholische Schulen enthalten. In Folge des Schulaufsichtsgesetzes kann sogar der ganze Inhalt der „Verfügungen“ auf katholische Schulen zur Anwendung kommen. Nur dort, wo Gesetze, und wären es auch nur Provinzial-gesetze, den neuen ministeriellen Anordnungen entgegenstehen, hätten die ersteren den Vorzug.

Der § 9 al. 1 des Gesetzes vom 9. März d. J., betreffend die den Medizinalbeamten für die Versorgung gerichtsarztlicher, medizinal- und sanitätspolizeilicher Geschäfte zu gewährenden Vergütungen (G.-S. S. 265) findet nach einer Entscheidung des Ministers der geistlichen u. Angelegenheiten auf jeden, mit der Apotheken-Revision beauftragten medizinischen Kommissarius, also auch auf den Regierungs-Medizinal-Rath, wenn er die Revision vornimmt, Anwendung.

Die Reichskommission, welche beauftragt ist, einen Plan behufs Deckung des Ausfalles im Falle der Beseitigung der Salzsteuer zu entwerfen, hat sich auf einige Wochen vertagt. Wie die „Spn. Ztg.“ hört, hat sie zuvor durch Majoritätsbeschluß festgestellt, daß der Erlaß für die Salzsteuer durch die Einführung einer Steuer von 10% Thlr. pro Zentner auf einheimischen und von 14 Thlr. pro Zentner auf importirten Rohstoff beschaßt werden soll. Bis zum Wiederzusammentritt der Kommission soll auf obiger Grundlage ein vorläufiger Gesetzentwurf ausgearbeitet und demnach der Kommission zur Ver-athung vorgelegt werden.

Seitens der Kommission zur Untersuchung der deutschen Meere in Kiel ist an den Minister für landwirthschaftliche Angelegenheiten dahin berichtet worden, daß das viel umfangreichere Mate-rial, welches auf der diesjährigen Nordsee-fahrt gesammelt ist, eine ähnliche vorläufige Berichterstattung, wie im vorigen Jahre über die Dänische-fahrt nicht als zweckdienlich erscheinen läßt. Es soll daher ein Vorbericht in diesem Jahre gar nicht erstattet, der ausführliche Bericht über das Jahr 1872 aber sofort nach der Beendigung der Arbeiten der beabsichtigten Fachgelehrten geliefert werden. Die Uebersicht über die diesjährigen Resultate läßt dieselben überaus reich erscheinen.

Winterübungen der dazu verpflichteten Mannschaften des Beurtheilungsstandes finden im Jahre 1873 nicht statt.

Den Landwehrmannschaften wird bei den gegenwärtig stattfin-denden Kontrol-Versammlungen die Mittheilungen gemacht, daß ein Rabinets-Ordre zufolge Entlassungen aus dem Militärs-Verhältnisse vor vollendeter 14jähriger Dienstzeit nicht stattfinden; demgemäß ist auch der Jahrgang 1859 in diesem Jahre noch nicht zur Aufhebung gelangt. Die Maßregel steht, wie der „Bör. Cour.“ äußert, mit dem Versprechen der Reichsregierung bei Einbringungs-

**Sjergej Njtschajew.**

— Petersburg, 10. November.

Seit einiger Zeit beschäftigt sich die hiesige und ausländische Presse, wenn auch nicht ausschließlich, so doch mit einer großen Vorliebe mit der Affaire Njtschajew, des fälschlich als „Agitator der Genfer Inter-nationalen bezeichneten und von der Schweiz ausgelieferten Mörders Iwan Iwanow's“. Sie werden erlauben, daß ich Ihnen Einiges über diesen Gegenstand mittheile.

Nach meinen eigenen Erfahrungen erkläre ich die Annahme für falsch, daß Sjergej Njtschajew die Ideen der Internationale hier ein-führen wollte. Er hat diese Idee geerbt und nicht importirt; sie stammt von Herzen und Bakunin und wurde ex cathedra von Michajlow gelehrt, ganz in der Weise, in welcher sie Njtschajew seinen Anhängern vortrug. Michajlow ging für seine Lehre nach Sibirien und starb in den Bergwerken von Nertschnust; Solowjew, sein petersburger Adept, ging ebenfalls nach Sibirien und starb in Irkutsk, ohne den Ort seiner Bestimmung zu erreichen, und Jules Benfenger schmachtet wohl noch heute für diese Idee angehängelt an einer Wand im einsamen Kerker in Groß-Alexandrowsk im Nertschnuster Verwaltungsbezirke. Njtschajew wird, wenn er nicht in Schlüsselburg als Nummer, — also ohne jeglichen Namens, — seine Tage beschließen wird, das Loos der Genannten theilen, wie er ihre Idee getheilt und propagirt hat.

Ich muß Ihnen hier eine Bemerkung machen, welche die europäische Presse entweder übersehen hat, oder nicht kennt. Man sagt, um uns an Njtschajew zu halten, er habe den Sozialismus propagirt, kommunistische Ideen unter's Volk bringen wollen. Es ist dieses zum Mindesten eine Unkenntniß der Sachlage. Wohl wahr, daß sich die Jugend mit kommunistischen Ideen herumerschlepp, die noch von Herzen ausge-heckt wurden; wahr ist es auch, daß die soziale Lage der Landbevölke-rung eine kommunistische ist, da ja der Acker nicht Privat-, sondern Gemeinbesitz ist; aber eben so wahr ist es, daß gerade das Landvolk den Kommunismus nicht will, daß es den Personalbesitz wünscht, und der beste Beweis hierfür ist der Prozeß Benfenger's, welchen Bauern des Gouvernements Nischnejnogorod auslieferten, trotzdem, — oder weil — er ihnen Gütergemeinschaft, Gemeinschaft des Bestes predigte.

Njtschajew war also nicht Agent der Genfer Internationale, er war vielmehr sogar ein direkter Schüler Michajlow's, der Rußland und die Welt nach russisch-kommunistischen Ideen einrichten wollte. Er verstand es, sich in seinem Kreise eine seltene Popularität zu verschaffen, eine Diktatur zu erringen, wie sie vielleicht noch nie ein Mensch besessen hat, selbst den Heuchler Cromwell nicht ausgenommen und jedes Hinderniß, das sich seinen Plänen entgegenstellte, zu beseitigen. Zu diesen Hindernissen gehörte auch der unglückliche Iwan Iwanow. Es wird wohl schwer zu beweisen sein, ob Iwanow wirklich Ver-

räther oder ob in ihm nur das Material zu einem Verräther vor-handen war. Genug, Njtschajew betrachtete ihn als solchen und da er Ankläger, Richter und Henker in einer Person war, so mußte auch Iwanow in dem Augenblicke, in welchem die Anklage erhoben war, fallen; Njtschajew ermordete ihn mit eigener Hand.

Den Ausgang der Njtschajew'schen Verschwörung setze ich als be-kannt voraus. Die diesseitige Regierung kam noch rechtzeitig hinter das Komplot, arreirte 87 Verschwörer, von denen nur sehr wenige als ganz unschuldig freigesprochen wurden, während die andern auf längere oder kürzere Zeit in die Bergwerke Sibiriens gesandt wurden. Aus Sibirien kommen sie aber nie wieder nach Europa zurück. Nach Verbüßung ihrer Strafe in den Bergwerken werden sie unfreiwillige Kolonisten, welche durch eine allgemeine Amnestie höchstens ihre bür-gerlichen Rechte wiedererlangen können. So will es das Gesetz, wel-ches zwischen politischen und Staatsverbrechern unterscheidet.

Sjergej Njtschajew entfloh und gelangte glücklich in die Schweiz. Auf diesem gastlichen Boden glaubte er dem Schicksale seiner Mitge-nossen zu entgehen und er lebte hier einige Jahre von der Welt, wenn auch nicht von der russischen Regierung vergessen. Mochte er Böses ahnen, oder trieb ihn sein unruhiger Geist, genug während der gan-zen Zeit, während welcher er in der Schweiz lebte, hielt er sich nicht lange an einem Orte auf, denn nimmer wollte es der russischen Agen-ten, welche ihm nachspürten, gelingen, seinen Aufenthalt genau zu er-mitteln. Was den offenen Spionen nicht gelang, gelang dem verkappten. Ein polnischer Emigrant verstand es, sich in das Vertrauen Njtschajew's einzufleischen, in ihm noch besonders dadurch festzusetzen, daß er vorgab, Mitglied der Internationale zu sein und ihn so lange an Zürich zu fesseln, bis die diesseitige Regierung „die Auslieferung des gemeinen Mörders“ von der schweizer Regierung erhandeln konnte.

Heute sitzt Njtschajew in der Zitadelle von Petropawlsk, wo er mindestens zehn Monate ver schmachten müssen, da früher seine ehemaligen Genossen aus Sibirien schwerlich zurückgebracht sein werden, um als Zeugen wider ihn zu dienen.

Als gemeiner Mörder angeklagt, denn diese Bedingung hat ja die Schweiz gestellt, wird nun zwar Njtschajew weder gehängt, noch erschossen werden; aber während der Reise bis Irkutsk wird er Hunderte von Malen das Gesetz verfluchen, welches die Todesstrafe für den gemeinen Mörder nicht kennt, sondern nur gegen den politischen Ver-brecher anwendet. Die Schweiz hat anzugeben vergessen, auf welcher Weise über die Ermordung Iwanow's verhandelt werden soll, ohne daß die politische Thätigkeit Njtschajew's zur Sprache komme.

Wer übrigens die russische Weise der Inbagation kennt, der weiß auch, wie die Sache verhandelt werden wird. Im Geheimen wird die ganze Thätigkeit Sjergej's mit ihm besprochen werden; öffentlich wird nur der Moment in Betracht gezogen werden, in welchem der erdrosselte Iwanow von ihm in den Fluß geschleudert wurde.

**Der Herzog von Saarbrücken.**

Dem „Arch. Courier“ erzählt ein Pariser Korrespondent folgende, wie er berichtet, thatsächliche Anekdote: Es war am 2. August, dem Tage, an welchem das 2. Corps der französischen Armee unter dem Befehl des Generals Frossard, Erzherzogs des kaiserlichen Prinzen, den Bahnhof von Saarbrücken besetzte. Man erinnert sich wohl auch der lächerlichen Affaire, woraus die kaiserlichen Depeschen einen Sieg machten, dem von Solferino gleich, und die doch nur den Zweck hatte, dem Erben Napoleon's III. die Gelegenheit zu bieten, Augen aufzu-lefen, und ohne Gefahr die Feuertaufe zu erhalten. Es war 1 Uhr Nachmittags und der Kampf eben zu Ende. Eher der Kaiser den Wagen bestieg, der ihn nach Metz zurückbringen sollte, stürzte er sich dem General Frossard mit den Worten in die Arme: „General, Sie haben soeben den Marschallstab und den Titel: „Herzog von Saar-brücken“ verdient. Dringen Sie siegend vor, und sorgen Sie dafür, daß mir Ihre erste Depesche aus Koblenz zukomme.“ Gerührt über diese doppelte Gunstbezeugung seines Herrn, stammelte Frossard einige Worte des Dankes, und schmer, daß kein Anderer die Ehre haben werde, zuerst in Berlin einzumarschiren. Abends war großes Diner im Hauptquartier, welches beim Maire von Forbach untergebracht war. Der erste Toast wurde auf die Gesundheit des Kaisers und der Kaiserin ausgetracht, der zweite auf die Napoleon's IV. und der dritte endlich auf die des Herzogs von Saarbrücken. In Metz angekommen, sandte der Kaiser den Befehl nach Paris, die neue Beförderung und den Titel des Generals Frossard im „Journal Officiel“ zu veröffent-lichen. Unglücklicherweise kamen jedoch diese Depeschen nicht zeitig genug nach Paris, um Europa das Schauspiel dieser letzten napoleo-nischen Komödie vorzuführen. Das Schicksal wollte nicht, daß der Name des Herzogs von Saarbrücken im französischen Adelsregister figurire. Vier Tage später erlitt die französische Armee bei Forbach die schreckliche Niederlage, wodurch sie vor die Mauern von Metz zurückgetrieben wurde. Die Nachricht kam am 7. zu Paris an, und am selben Tage erhielt der Direktor des „Journal Officiel“ den Befehl, die Einrückung des Dekrets, welches den General Frossard zum Marschall und Herzog von Saarbrücken erhob, bis auf Weiteres zu unterlassen.

**Das letzte Unwetter.**

Das am 12ten Abends über Norddeutschland hereingebrochene, von einem starken Nordoststurm getriebene Unwetter, welches fast 24 Stunden gewüthet hat, scheint überall großen Schaden angerichtet zu haben. Einzelne der heute eingetroffenen Zeitungen ergäßen die bereits telegraphisch gemeldeten Nachrichten. So meldet die „N. Stett. Ztg.“ aus Stettin: Seit gestern (den 12.) Nachmittags wehte hier ein heftiger Nordost-sturm, der in der Nacht noch an Stärke zunahm, in der Stadt an Dächern und Schornsteinen arge Verwüstungen anrichtete und das Wasser der Oder bis auf 3 Fuß 7 Zoll anflaute, so daß ein großer Theil der Wiesen überschwemmt ist. In der Umgegend sind ebenfalls Beschädigungen vorgekommen. So ist der neue Kirchthurm in Brunn, der eben vollendet und von dem Baugerüst entleidet war, in voriger Nacht zusammengefallen. Auf dem Westergrunde bei Swinemünde strandeten 3 Schiffe: das Rostocker Galeasschiff „Thebis“, Kapitän Jepsin, die Stolper Bark „Friedrich Wilhelm Arnolds“, Kapitän Frenger, und der Straßburger dreimastige Schooner „Margarethe Bankier“, Kapitän H. G. Bog. Von den beiden ersteren Schiffen

des die Militärdienstzeit regelnden Gesetzes in Widerspruch, daß von den älteren Mannschaften so lange alljährlich zwei Jahrgänge ausgeschieden sollen, bis die in jenem Gesetze zur Geltung gekommene 12jährige Dienstzeit faktisch durchgeführt ist. Bekanntlich ist durch Annahme der betreffenden Vorlage die dreijährige Dienstzeit und eine vierjährige Reservepflicht sanktioniert, wogegen das zweite Aufgebot der Landwehr in Fortfall gekommen. Die Gründe für diese unverhoffte Maßnahme sind nicht schwer zu finden, wenn man in Erwägung zieht, daß bei dem normalen Verlauf der Verhältnisse der Mannschaffsstand für die gesammte süddeutsche Landwehr erst binnen 10 Jahren und selbst für die norddeutsche Landwehr, soweit dieselbe nicht den altpreussischen Provinzen angehört, erst binnen fünf Jahren als komplet angenommen werden kann.

Die Beschlagnahme der bei Troitsch und Ostertag hieselbst erschienenen Druckschrift: „Studien im Disziplinärwege der Preussischen Justizverwaltung von einem ehemaligen Richter“ ist durch Rathskammerbeschluss des hiesigen Stadtgerichts bestätigt worden.

Der Präsident des allgemeinen deutschen Arbeitervereins, Hasenclever, hat dem „Neuen Social-Demokraten“ zufolge angeordnet, daß innerhalb Monatsfrist aus Veranlassung der jetzt in Berlin stattfindenden Regierungs-Konferenzen über die soziale Frage in allen Städten und Orten, wo sich Mitglieder des allgemeinen deutschen Arbeitervereins befinden, Volksversammlungen einberufen werden zum Zweck, um ein in der letzten Berliner Volksversammlung angenommenes Manifest zu diskutieren und zur Abstimmung zu bringen. Das Resultat der Abstimmung, so wie die Zahl der Versammelten und so bald als möglich an das Sekretariat des allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins einzusenden, damit eine übersichtliche Zusammenstellung demnächst veröffentlicht werden kann.

Vom 1. Januar 1873 ab wird Berlin einen kgl. Fabrik-Inspektor mit einem Gehalt von 1500 Thlrn. erhalten. Die Staatsregierung hat wiederholt die Wahrnehmung gemacht, daß die §§ 127 bis 131 der Gewerbeordnung vom 21. Juni 1869, welche die Beschäftigung der jugendlichen Arbeiter in den Fabriken regeln, in den Fabriken Berlins nicht genügende Beachtung finden, und daß von den Revisionen nur dann ein Erfolg zu hoffen sei, wenn dieselben von einem eigens hierzu bestimmten Beamten, welcher im Stande ist, sich mit den Verhältnissen der einzelnen Fabriken hinlänglich bekannt zu machen, vorgenommen werden. Der für die drei in Preußen bereits existierenden Fabrik-Inspektoren in Arnberg, Düsseldorf und Aachen festgestellte Normal-Gehaltsatz von 1100 Thlrn. erscheint indessen der Staatsregierung für einen solchen Beamten in Berlin nicht ausreichend, weshalb für denselben ein Gehalt von 1500 Thlrn. beantragt wird, um diesen Beamten durch ein auskömmliches Gehalt auch gegen die Verlockungen sicher zu stellen, welche bei ungenügender Befolgung mit dem Amte eines Fabrik-Inspektors verbunden sind.

Der Verein der Berliner Buchdruckereibesitzer, welcher vor Kurzem den Beschluß gefaßt hatte, bei den geschehenden Faktoren um Befreiung der Zeitungsteuer zu petitioniren, hat in seiner letzten Sitzung den Beschluß wieder aufgehoben, da im Staatshaushaltsetat pro 1873 die Zeitungsteuer bereits wieder als Einnahmeposten figurirt, eine Petition an die Regierung also zweck- und nutzlos geworden ist, und da man sich von einer Petition an das Abgeordnetenhaus kein anderes Ergebnis verspricht, als in früheren Sessionen.

**Danzig, 11. Nov.** Das hier garnisierende 3. ost pr. Grenadier-Regiment Nr. 4, dessen Chef seit dem letzten Kriege der König von Sachsen ist, hat aus Anlaß der goldenen Hochzeit des sächsischen Königspaars, wozu das Regiment eine Offiziersdeputation entsandt hatte, den Namen „Leibgrenadier-Regiment des Königs Johann von Sachsen“ erhalten und wird fortan die Namensbuchstaben seines Chefs mit der Krone darüber auf den Afschläppen führen.

**Breslau, 12. Nov.** Die „Schlesische Volkszeitung“ veröffentlicht folgenden Brief, welchen der Fürstbischof von Breslau am 10. d. Mts. nach dem Gottesdienste im Dome erhalten haben soll — seine Tendenz ist wohl ohne Kommentar unverständlich: —

Wiewohl ich Altkatholik vom reinsten Wasser und den päpstlichen, gottlosen Dummheiten, vermöge welcher der Kain der heiligen Kirche zur Thatsache geworden, feindlich gesinnt, und wiewohl ich auch Sie und Ihre Anhänger, welche geholfen, den unheilbaren Niß in der Kirche herbeizuführen, mit voller Seele verachte, so kann ich doch aus reinem menschlichen Gefühl nicht umgeben, daß ein Komplott gegen Sie zur Ausführung komme, vermöge welchem Sie bei Gelegenheit Ihres Rittes durch die Stadt mit einer Mißsprige einen großen Tusch

wurde die Mannschaft gerettet. Hinsichtlich des dritten fehlen bis jetzt Nachrichten. Da mehrere Schiffe noch im Ansegeln waren, stehen weitere Unglücksbotschaften wohl zu befürchten.“

Die „Hamb. Börsenb.“ läßt sich aus Lübeck, den 13. November, 2 Uhr Morgens, berichten:

Die Telegraphenstation in Travemünde ist wegen Hochwasser geräumt worden. In Lübeck beträgt die Wasserhöhe 3 Meter über Normalstand; die ganze Travemünde der Stadt nebst Waarenschuppen ist überschwemmt. Die Polizei verlor die Bewohner der oberen Etagen per Boot mit Lebensmitteln. In Neustadt wird die Kommunikation zwischen dem Bahnhof und der Stadt mit Kähnen unterhalten. Die Sicherheit des Eisenbahndammes vor dem Bahnhof ist gefährdet. Auch in Heiligenhafen ist verartige Wasserstoth, daß die Telegraphenstation den 13. Vormittags um 11 Uhr, hat verlassen werden müssen. Aus Kiel meldet die „Niel. Z.“, welche demnächst wegen Ueberschwemmung ihres Druckereifokals ihr Erscheinen hat einstellen müssen, in einem am 13. Abends erschienenen, anderwärts gedruckten Abendblatt:

Der starke anhaltende Nordoststurm, der uns über Nacht den ersten Schnee gebracht, hat alle Vollwerke des Hafens unter Wasser gesetzt. Die Ueberschwemmung ist größer als seit Menschengedenken. Bei der Norddeutschen Werft jenseits des Hafens stehen die Wohnschuppen für die schwedischen Arbeiter bis an das Dach unter Wasser, die Marineisenbahn, auf welcher die Erdmassen aus dem Doo nach der Gaardener Hörn geschafft werden, ist überschwemmt. Auf dieser Seite des Hafens stehen unter Wasser der Eisenbahndamm, an welchen die große Maschinenfabrik von Schwefel und Howaldt schon die Arbeit hat einstellen müssen, der Wall von der Börse bis zum Kattensthor, die Wasseralle. Von der Hafenstraße bis fast zur Faulstraße ist ein See, auf welchem Boote, Omnibus und Droschken den unterbrochenen Verkehr vermitteln. Man muß stellenweise sogar auf Leibern in die Häuser steigen, da die Hausdächer überschwemmt sind. Die Gärten am Brückensteig, die Hollsten- und Kedenbrücke, der Lorenzendam — Alles ist überschwemmt, das Wasser reicht bis an dänische Thor. Der Schaden, den die Ueberschwemmung an den Gärten und Häusern und in den Waarenlagen der Stadt angerichtet hat, ist noch unüberschaubar, aber jedenfalls ein sehr bedeutender. Die Verstärkung ist groß. Noch immer, während wir dies niederschreiben, steigt das Wasser. Auch in den Maschinenraum der „Niel. Zeitung“ war das feuchte Element über Nacht eingedrungen; jetzt stehen die Maschinen fünf Fuß tief im Wasser. Die Papierballen sind zum Teil gerettet, zum Teil schwimmen sie auf dem Wasser, wie ebenfalls Tische und das sonst bewegliche Material.

In Eckernförde ist der Damm zwischen der Bucht und dem Binnensee durchbrochen, die Straßen sind überschwemmt, die Verbindung nach Kappeln und Schleswig unterbrochen. In Flensburg stehen die tiefer liegenden Stadttheile unter Wasser.

\* **Fürst Bismarck österreichischer Reichskanzler.** Diesen genialen Gedanken hat der „Osten“ ausgedacht und setzt ihn allen Ernstes in folgendem Artikel in die Welt: „Ein Gedanke, so hart an dem äußersten Rande politischer Großartigkeit stehend, daß er fast absurd, und die Prämissen der Möglichkeit so sehr herausfordernd, daß er fast unmöglich erscheint. Und doch ist der Gedanke gedacht, sehr ernstlich gedacht worden, und haben, wie uns aus bester Quelle mitgeteilt wird, schon vor einiger Zeit vorsichtige und vertrauliche Auseinandersetzungen betreffenden Orts stattgefunden, um diese fühne

Bitriolsöl ins Gesicht gespritzt bekommen sollen und der Haupt-Attentäter, welcher zufällig Johannes mit Vornamen heißt, Ihnen gegenüber als einen „Johannes der Täufer“ sich geriren darf. Ich ermahne Sie zur Vorsicht, damit die Ausführung dieser unmenschlichen Kundgebung eines fanatischen Hasses unterdrückt werde, da das Komplott darauf gerichtet ist, „einem abtrünnigen Bischof“ die Augen durch Bitriolsöl-Einspritzung zu blenden. Dies von einem eifrigen ehrlichen Altkatholiken und Besucher der Domkirche.

**Oppeln, 13. November.** Im Regierungsbezirk Oppeln hatte schon seit längerer Zeit sich ein Mangel an pädagogisch ausgebildeten Lehrkräften gezeigt, und namentlich trat dieser Mangel in überwiegender Maße bei den katholischen Elementar-Lehrkräften hervor. Durch das neue Gesetz gegen die Jesuiten und die diesem Orden verwandten Kongregationen ist dieser Mangel noch fühlbarer geworden, und es haben sich deshalb die betreffenden Behörden des Oppelner Regierungsbezirks veranlaßt gesehen, sich an die Behörden der übrigen Regierungsbezirke mit überwiegender katholischer Bevölkerung zu wenden und diese zu ersuchen, zur Kenntniß des katholischen Lehrpersonals ihres Bezirks zu bringen, daß katholische Elementarlehrer, namentlich aber solche Elementar-Lehrerinnen an den öffentlichen Schulen des Regierungsbezirks Oppeln Anstellung finden können.

**Vom Niederrhein, 12. Novbr.,** wird der „Epen. Btg.“ geschrieben: In Uerdingen, einem betriebamen Städtchen am Rhein, in der Nähe von Crefeld, gab ein sogenannter Preß-Kaplan, ein gewisser Grüter, unter dem Namen „Uerdingen Volksblatt“, ein ultramontanes Preß-Erzeugniß heraus, das in Bezug auf Rohheit der Sprache selbst die Crefelder „Niederrh. Volkszeitung“ in Schatten stellt. Dieses Organ bespricht in einer seiner jüngsten Nummern den neulichen ersten alt-katholischen Gottesdienst in der Memmoniten-Kirche zu Crefeld und kommt dabei zu folgendem Satz:

„Eine sakrilegische Messe unter solchen Verhältnissen, wie in Crefeld, ist ein größeres Verbrechen, als ein Diebstahl, als eine Brandstiftung und selbst als ein Menschenmord.“

Dieser Erklärung des Uerdingers stellt sich eine zweite Manifestation in einem Crefelder ultramontanen Organ würdig zur Seite. Ein „katholischer Geistlicher“ veröffentlicht nämlich einen „offenen Brief“, der mit Bezug auf den altkatholischen Gottesdienst in der Memmonitenkirche die folgende kaum glaubliche Stelle enthält:

Katholische Männer Crefelds! Unsere katholische Religion, unsere heil. Kirche und ihr Gottesdienst sind in Preußen durch Vertrag und Verfassung anerkannt. Es ist daher Sache der weltlichen Obrigkeit und Gewalt, dieselben zu schützen. Selbst einfache Störung des Gottesdienstes ist deshalb gesetzlich strafbar. Umso mehr muß unerlaubte, anmaßliche, gotteskränkerische Ausübung des heiligen und heiligsten katholischen Kultus strafbar sein. Wenn nun in Crefeld ein fremder Priester aus der Schweiz, der vom katholischen Glauben abgefallen, von einem Bischof seines Amtes entsetzt und aus der kirchenge-meinschaft ausgeschlossen ist und darum die heilige Messe nicht halten darf, trotzdem öffentlich sakrilegischer d. h. gotteskränkerischer Weise Messe liest, ohne daß die weltliche Behörde dieses verhindert, ja, wenn die Polizei dazu ihren Schutz leiht, daß ein solcher Frevel ungestört geschehen kann, — da darf man doch wohl fragen: Wo bleibt hier die wirrkame Anerkennung und der Schutz der katholischen Religion und des katholischen Gottesdienstes, auf den die katholischen Staatsbürger ein Recht haben?!

So der „katholische Geistliche.“ Der Oberbürgermeister von Crefeld, Mitglied des preussischen Herrenhanfes und Regierungsrath a. D., Herr Koos, beantwortet die Präntension mit folgender ernsten Zurückweisung:

Die Polizei hat die Pflicht, für Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung zu sorgen und jeder Religions-Gesellschaft, die nicht ausdrücklich gesetzlich verboten ist, bei Ausübung ihres Kultus denjenigen Schutz zu gewähren, den die obwaltenden Verhältnisse erfordern. Ich werde dabei keinen Unterschied zwischen Katholiken, Altkatholiken oder irgend welchen anderen Konfessionsgenossen machen und jedem Erfesse, wie sie leider bei dem ersten Gottesdienste der Altkatholiken vorgekommen, mit derjenigen Energie entgegenzutreten, die ich mir stets zur Pflicht gemacht habe, wenn es gilt, dem Gesetze die gebührende Achtung zu verschaffen. Im Uebrigen will ich den Inhalt jenes Artikels nicht weiter kritisiren, indem ich zu dem loyalen Sinne meiner Mitbürger jeder

Konzeption zur Thatsache zu machen. Die Geschichte weist zahlreiche Beispiele auf, wo die berühmtesten Staatsmänner und Feldherren Frankreichs, Italiens und auch deutscher Staaten in den Dienst des wiener Hofes getreten sind, vom Prinzen Eugenio von Savoyen angefangen bis herab auf den Baron Bunt. Wir wollen bei dem Gedanken nicht länger verweilen, aber auf einen Umstand möchten wir hinweisen, welcher ebenfalls charakteristisch als lehrreich ist. Alle österreichischen Völker und Parteien würden ein Genie, wie Bismarck, freudig und erwartungsvoll an der Spitze der Staatsgeschäfte begrüßen.“

\* **Aus Oberhausen** schreibt man: Eine Pfeife für Bismarck. Unser Mitbürger, Herr Friedrich Böger, hatte vor einiger Zeit, als er in eine Zeitung die Notiz fand, daß Fürst Bismarck keine Zigarren rauchen dürfe, demselben eine Pfeife zu verehren und zu überreichen sich erlaubt. Es ist ihm darauf vor einigen Tagen folgendes Dank-schreiben des Fürsten zugekommen: „Barzin, den 1. November 1872. Euer Wohlgebornen dankt ich verbindlich für die mir übersandte Pfeife. Ich habe eine von so zweckmäßiger Einrichtung seit meiner Studienzeit nicht besessen und werde sie mit Vergnügen in Gebrauch nehmen. v. Bismarck.“

\* **Geschichtskentniß.** Der Berliner Korrespondent des Pariser „Temps“ liefert in einem Artikel über die Kunstausstellung im Akademiegebäude einen recht interessanten Beitrag zu der Geschichte des 1866er Krieges. Den wenigsten Feiern dürfte es bekannt sein, daß König Wilhelm sich am Tage der Schlacht bei Sedowa in Berlin befand — und dennoch hat der lebenswürdige Herr Korrespondent diese Entdeckung gemacht. In jenem Artikel über die Kunstausstellung erzählt er nämlich gelegentlich der Kritik des Camphausen'schen Bildes „Unser Fritz“ Folgendes: „Es war am Tage der Schlacht bei Sedowa, als König Wilhelm freudestrahlenden Antlitzes auf den Balkon seines Palais Unter den Linden trat und dem vor dem Palais versammelten Volke mit lauter Stimme rief: „Mein Sohn hat g'siegt!“ — Man hat alle Ursache, dem Herrn Korrespondenten für diese Mittheilung zu danken und mit Vergnügen weiteren Enthüllungen entgegen zu sehen. Wie wäre es etwa mit der Beweisführung, daß König Wilhelm während der Kapitulation von Sedau eine Hofsaad im Grunewald abgehalten habe?!

\* **Ein Wig** aus dem niederösterreichischen Landtage. Wiener Blätter erzählen: Bei aller Anerkennung der vielen Vorträge des Dr. Brestel kann man dem gewesenen Finanzminister wahrlich nicht eine elegante ähner Erscheinung nachrühmen. Ein Sparmeister, wie er in allen Stücken ist, trägt er jetzt die Fracke aus seiner früheren ministeriellen Praxis ab. Mit einem solchen bis über die Knieleichen reichenden Kleidungsstücke angehan, erschien er neulich im niederösterreichischen Landtage. Das Drautische dieser Bekleidung wurde augenfällig, als er, sie mit einem zu kurz gebauten Ueberzieher deckend, das Haus verließ. Ein anderer Abgeordneter machte bei dieser Gelegenheit die witzige Bemerkung: „Unser Kollege Brestel bietet auch heute wieder das richtige Bild eines österreichischen Finanzministers; die Bedeckung ist an ihm kürzer als das Erforderniß ausgefallen.“

\* **Daß Gott einen Mitarbeiter besitz,** ist eine nicht ganz uninteressante Neuigkeit. In einer Rede, welche der Papst vor einigen Tagen gehalten hat, sagte er wörtlich: „Mein Gott, segne diesen

Konfession das Vertrauen hege, daß ihm auch ohnedies die richtige Würdigung zu Theil werden wird.“

Man mag sich anderwärts vielleicht darüber wundern, daß ein hoher städtischer Beamter es für nothwendig erachtet, solchem fanatischen Gerede mit dem Gewicht seines Amtes entgegenzutreten; hier, wo die rothe und die schwarze Internationale gleichmäßig wüthen, sind dergleichen Ausbrüche des Wahnsinns leider nicht zum Lachen und erheischen allerdings eine andere Behandlung, als etwa durch „Kladderadatsch“ und „Wespen.“

**Köln, 12. Nov.** Die korrektionelle Appellkammer des königlichen Landgerichts hieselbst verurtheilte in ihrer Sitzung vom 8. d. M. den verantwortlichen Redakteur der „Kölnischen Volkszeitung“, wegen einer Korrespondenz aus München über den durch die Stellung des Militärparres Grunert in Insterburg entstandenen Konflikt, unter Reformirung des Urtheils der ersten Instanz, auf Grund des § 131 des Strafgesetzbuchs, zu einer Geldbuße von 50 Thlrn. — In der Sitzung des Zuchtpolizeigerichts vom 9. wurde ein hiesiger Schlosser wegen „Majestätsbeleidigung und Beleidigung des Fürsten Bisnard“ zu einer Gefängnißstrafe von zwei Monaten verurtheilt.

**Düsseldorf, 9. November.** Für den Regierungsbezirk Düsseldorf sind nach dem Kultusetat pro 1873 zwei neue Schullehrerseminar, projektirt, nämlich ein evangelisches in Mettmann und ein katholisches ohne nähere Angabe des Orts.

**Wesel, 10. November.** Die wegen des Heerenberger Auf-rührs vor das hiesige Schwurgericht verwiesenen Emmericher Einwohner wurden, nachdem sie zum Theil seit einigen Monaten vorläufig der Haft entlassen, vorgestern zum gerichtlichen Gefängniß wieder eingeliefert. (D. Z.)

**Baderborn, 10. November.** Nach einer Berliner Nachricht des „Nbg. Korr.“ soll die Untersuchung der Pastorenbrüder, in welchen bekanntlich die Absicht einiger protestantischer Geistlicher, die evangelische Kirche wieder mit der katholischen zu verschmelzen, enthalten sein sollte, zu Ergebnissen geführt haben, welche die Behauptungen des Bischofs von Baderborn in ein sehr eigenthümliches Licht setzen.

**Elberfeld, 11. November.** Wie die „Elberf. Btg.“ nachträglich erfährt, waren zum Kongresse der „Alt-katholiken“ in Köln nicht nur Hluntschl, Vertreter des Protestantenvereins, sondern auch der Generalsuperintendent der Rheinprovinz eingeladen. Letzterer hatte jedoch die Einladung abgelehnt.

**Ferlohn, 10. November.** Das Gutachten über die Frage, ob der Bergbau Schuld sei an dem Sinken der hiesigen katholischen Kirche, ist zu Ungunsten der katholischen Gemeinde ausgefallen. Berghauptmann v. Dechen hat das Bergwerk freigesprochen.

**München, 11. November.** Die Mitglieder der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in München haben auf den 17. d. Mts. einen süddeutschen Arbeitertag nach München einberufen. Von Seiten der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Nürnberg, Fürth, Glais-hammer und Erlangen wird gegen diese Einladung mit nachstehender Erklärung protestirt:

Nach den von unserer Partei vertretenen demokratischen Grund-sätzen müssen wir den Parteigenossen in München das Recht aberkennen, auf eigene Faust, ohne vorhergegangene Verständigung mit den Vertrauensmännern der anderen Mitgliedschaften einen Parteitag einzuberufen. Gleichseitig wird München seiner geographischen Lage wegen als nicht geeignet zur Abhaltung eines Kongresses bezeichnet und Ingolstadt als Kongressort und die Weihnachtsfeierstage als Zeitpunkt vorgeschlagen.

**Aus Baden, 11. Novbr.** Von den verschiedenen Orten, wo die Schulschwernern aus allerlei Ordenshütern sich bei uns ange-setzt hatten, laufen die Nachrichten von der Maßregel ein, welche ihnen die Einstellung ihrer Lehrthätigkeit innerhalb vierwöchentlicher Frist abietet. Mit einer solchen Ankündigung in Blumenfeld scheint indirekt auch die Aufhebung der dort bestehenden Bewahranstalt für Waisen und verwahrloste Kinder ausgesprochen zu sein. Man billigt dies nur, da diese blumenfelder Anstalt in ärztlicher und sanitärischer Beziehung ein höchst bedenkliches Institut war. — Der „Schweiz Grenzpost“ schreibt man aus Straßburg u. A.: „Die in allen Briefen von ausgewanderten Landsleuten enthaltenen Schilderungen der trau- (Fortsetzung in der Beilage.)

Denen alten Vikar, der auf dieser Erde steht, um Deine Rechte zu verteidigen. Ich bin Mitarbeiter des Allerhöchsten Ego sum cooperator Altissimi, daher stärke mich mit Deiner Kraft.“ So zu lesen in „Vaterland.“

\* **Ein Wort Meilhac's.** Ein bekannter französischer Dramatiker wechselte jüngst seine Wohnung in Paris. Sein neues Heim liegt auf der Place de l'Europe, hart an der Eisenbahn nach St. Lazare. Jüngst kam Meilhac zu ihm, um mit ihm die gemeinsame Bearbeitung eines neuen Stückes zu beginnen; wie man weiß, arbeitet Meilhac nur in Kompagnie, meist mit Haleby, aber auch mit Anderen. Kaum hatte die Arbeit begonnen und Meilhac ließ eben einen Baron auf die Bühne kommen, als plötzlich eine unter den Fenstern vorbeiraufende Lokomotive einen furchtbaren Pfiff ertönen ließ. Da sah Meilhac seinen Kompagnon an und fragte ihn im ernstesten Tone von der Welt: „Glaubst Du, daß man uns unten hört?“

\* **Aus Carl Twesten's Nachlaß** erscheint demnächst in der F. Dümmel'schen Verlagsbuchhandlung (Horwitz u. Hofmann) ein wichtiges kulturhistorisches Werk: „Die religiösen, politischen und sozialen Ideen der asiatischen Kulturvölker und der Egypter in ihrer historischen Entwicklung, dargestellt von Carl Twesten, herausgegeben von Professor M. Lazarus. Der leider zu früh verstorbene Twesten hat diesem Werk vieljährige fleißige Studien gewidmet, welche in das Stocken gerieten, als er seit dem Jahre 1859 sich mit seiner praktischen politischen Thätigkeit ganz in den Dienst des Vaterlandes stellte. Professor Lazarus hat sich der Herausgabe des unveränderten und unverfälschten Werkes des Verstorbenen unterzogen, zu Folge einer Auser-nennung desselben, daß die „Zeitschrift für Völkerpsychologie und Sprachwissenschaft“ am besten geeignet sein werde, dasselbe aufzunehmen.

\* **Ein zweiter Casanova.** In Paris hat sich dieser Tage ein schreckliches Drama abgepielt, dessen unglückliche Heldin die Tochter einer Frau ist, die vor einem Dezennium in der galanten Welt eine gewisse Rolle spielte. Madame M. hat oder hatte vielmehr noch vor-gestern eine reizende Tochter von kaum neunzehn Jahren, der sie sonderbar genug eine ziemlich gute Erziehung hatte angedeihen lassen. Das Mädchen ging nur mit ihrer Mutter oder einem gewissen Herrn Théophile S. aus, einem früheren Freunde ihrer Mutter, mit dem sie seit zwei Jahren wieder Bekanntschaft pflog. Von dem Freunde des Hauses in's Theater geführt und auf jede Weise ausgezinkt, schenkte Fräulein M. den verliebten Reden ihres Cavaliers bald Gehör. Die Sachen gediehen so weit, daß sie einwilligte, mit ihm die Flucht zu ergreifen. Eben schrieb sie den Abschiedsbrief an ihre Mutter, als sie von dieser selbst überrascht wurde. „Unglückliche“, rief ihr die Mutter zu, „du zwingst mich, dir ein schreckliches Geständniß zu machen. . . Herr S. ist dein Vater!“ Das arme Kind wankte, bestieg Nervenzufälle stellten sich ein und zwei Stunden später war es eine Leiche. Der niederträchtige S. war seither nicht mehr zu sehen.

\* **Berlin.** Der Wächter König ist nicht, wie wir gestern meldeten, am Freitag oder am Montag früh den schweren Verletzungen erlegen, welche ihm vier Stroche beigebracht hatten, sondern derselbe befindet sich nach der „N. Nbg. Btg.“ bis gestern noch am Leben und auf dem Wege der Besserung.

Wie das Organ der nationalliberalen Partei, die „Berl. Autogr. Korr.“ mittheilt, sollen die Vertreter der Herrenhausmajorität der Regierung mit großem Nachdruck die Annahme der Kreisordnung anbieten. Sie wollen durch geschickte Gruppierung der Mitglieder, welche bei den Abstimmungen darüber anwesend sein und welche derselben fern bleiben sollen, dem Entwurf des Gesetzes die Mehrheit sichern. Daß die Regierung auf diese Abmachung, welche die Gesetzgebung von einer Komödie mit Rollenvertheilung abhängig machen würde, eingehen wird, möchten wir bezweifeln. Es kann sich heut nicht mehr allein darum handeln, die Kreisordnung durchzuführen, die Regierung muß sich auch eine Majorität sichern für die Reformgesetze, die auf Grund der Kreisordnung weiter in Aussicht gestellt und dringend nothwendig sind.

Nachdem die Alabamafrage durch den vor mehreren Wochen erfolgten Spruch des Genfer Schiedsgerichts ihre Erledigung gefunden hat, ist eine andere Frage in den Vordergrund getreten, deren schiedsrichterliche Ausgleichung durch den Vertrag von Washington gleichfalls vorgesehen worden ist. Die „Kreuztg.“ berichtet darüber wie folgt:

Die von England während des amerikanischen Sezessionskrieges befolgte Neutralitätspolitik, welche durch den Spruch des genfer Schiedsgerichts verurtheilt worden ist, hatte die Vereinigten Staaten veranlaßt, damals eine Anzahl neutraler englischer Schiffe widerrechtlicher Weise aufzubringen und kondemniren zu lassen. Namentlich wurde eine Anzahl solcher Schiffe beziehungsweise ihre Ladungen wegen Blockadebruchs kondemnirt, obwohl diese Schiffe, sowohl ihren Papieren, als auch der thatsächlich von ihnen eingenommenen Richtung nach, einen bloßierten Hafen gar nicht als Reiseziel genommen hatten. Die amerikanischen Präsenrichter deduzirten auf Grund ganz unzulässiger Behauptungen, das Reiseziel sei ein simulirtes gewesen, da die Absicht obgewandelt habe, die Ladungen auf Umwegen nach bloßierten Häfen zu schaffen. In solcher Lage befand sich namentlich das englische Schiff „Springbol“, dessen überaus werthvolle Ladung von den amerikanischen Gerichtshöfen in allen Instanzen verurtheilt worden ist. Dieser Fall machte seiner Zeit großes Aufsehen und wurde in der gesammten europäischen Presse in einem für die Vereinigten Staaten nicht sonderlich freundlichen Sinne besprochen. Wir haben diesen Fall damals an dieser Stelle ausführlich erörtert und bemerkt, daß dadurch von den Amerikanern die von England im Anfange dieses Jahrhunderts zur Anwendung gebrachte berüchtigte Theorie des blocus sur papier weit überboten worden sei. Auf Grund des Vertrages von Washington tagt in dieser Stadt zur Zeit eine gemischte Kommission, deren Aufgabe es ist, über die Ansprüche englischer Hellenomanen, welche durch die Entscheidungen amerikanischer Präsenrichtershöfe aus der gedachten Zeit sich beschädigt glauben, zu befinden. Da das Genfer Schiedsgericht den Ansprüchen der Vereinigten Staaten gerecht worden ist, so ist kaum zu bezweifeln, daß seitens der in Washington tagenden Kommission auch die englischen Reklamationen eine befriedigende Erledigung finden werden. Es scheint uns nicht unwahrscheinlich, daß die Auszahlung der von dem genfer Schiedsgerichte den Vereinigten Staaten zugesprochene Entschädigungssumme andererseits noch auf Schwierigkeiten stoßen könnte.

Die Frage der Wahlreform ist auch in England wieder aufgenommen worden. Nachdem die geheime Abstimmung erforscht worden, wird von der liberalen Partei jetzt eine andere Organisation der Wahlbezirke und eine bessere Vertheilung der Sitze im Parlamente verlangt. Am Dienstag fand in London ein Meeting in dieser Angelegenheit statt, zu welchem Petitionen verschiedener Gemeinden des Landes vorlagen. Es wurde ein Ausschuss zur weiteren Betreibung der vom Meeting gefassten Beschlüsse gewählt und die Entsendung einer Deputation an Mr. Gladstone in Aussicht genommen. In London folgt ein Meeting dem andern, um die englische Regierung zu energischen Schritten gegen den Sklavenhandel in Ost-Afrika zu animiren, und während dieses geschieht, blüht das traurige Geschäft auf einer viel näheren Route, zwischen Tripolis und Konstantinopel. So brachte am vorigen Mittwoch ein Schiff einen ganzen Transport nach der türkischen Hauptstadt. Und dieses Schiff war ein — Englisches!

In der Schweiz verwirren sich die Kirchenangelegenheiten täglich mehr. Fast scheint es, als ob die Ultramontanen nächst Deutschland sich die Schweiz zu ihrem Angriffsfeld auszersehen hätten. Bekanntlich hatte der baseler Bischof Lachat den Pfarrer Schwind exkommuniziert; nun erklärte die Gesamtgemeinde, sie wolle trenn zu ihrem Geistlichen halten. Die Kantonregierung schließt den Exkommunizirten und bedeutete einen Kapuziner, den der Bischof der Gemeinde aufzotrohren wollte, kurz und bündig, vom Schauplatz baldmöglichst abzutreten. Der Bischof belegte seinerseits die Pfarrkirche mit dem Interdikt und stellt sämmtlichen Anhängern des Pfarrers in der Gemeinde und der Regierung von Solothurn die Exkommunikation in Aussicht. Der Ausgang dieser Angelegenheit kann nicht zweifelhaft, wohl aber dürfte durch diesen Zwischenfall der Bestand des baseler Bisthums sehr in Frage gestellt sein. Besagtes Bisthum wird nämlich von sieben Kantonen gebildet und da kein eigener Bisthumsfonds vorhanden ist, auch von diesen dotirt. Nun ist Argau bereits zurückgetreten und Bern es mit seiner projektirten kirchenpolitischen Gesetzgebung zu thun im Begriffe; wird nun auch Solothurn zu einem gleichen Schritte gedrängt, so dürfte das Bisthum Basel so vielen Stößen unterliegen. In Genf schwebt bekanntlich das Bisthum des Herrn Mermillod in der Luft; Tessin will seine Verbindung mit der Diözese Mailand lösen, der Paps aber wird hierauf nur unter der Bedingung eingehen, einen selbständigen Generalvikar dahin senden zu können, resp. ein eigenes Bisthum Tessin zu errichten. Hoffentlich wird die Schweiz all diesen päpstlichen Umtrieben und all diesen bischöflichen Unversämlichkeiten ein jähes Ende bereiten und das Eifstuch zwischen Staat und Kirche ein für allemal zer schneiden. Das heißt in erster Linie, für Kultuszwecke irgend welcher Sorte kein Geld hergeben.

Der in unserem Morgenblatt gegebene telegraphische Auszug aus der von Herrn Thiers in der französischen National-Versammlung verlesenen Botschaft ist so ausführlich, daß der vielleicht morgen eintreffende Wortlaut derselben kaum noch etwas Neues enthalten dürfte. Wie alle bei ähnlichen Anlässen übliche Regierungskundgebungen beschäftigt sich die Botschaft in erster Linie mit der materiellen Lage des Landes. Die dabei vorkommende außerordentliche sanguinische Beurtheilung der Verhältnisse scheint selbst durch das „auf vorübergehenden Ursachen in den Steuererträgen“ fußende Defizit von 132 Millionen nicht beeinträchtigt zu werden. Für die noch aus dem Kriege herrührenden Ausgaben, die fünf Milliarden abgerechnet, werden noch 700 Millionen Franks als erforderlich erachtet, von denen noch 60 Millionen zu beschaffen bleiben. Des Handelsvertrages mit England wird nur vorübergehend, wenn auch mit großer Befriedigung, Erwähnung gethan. Hierauf wendet sich die Botschaft zu den inneren Fragen und

betont in erster Reihe die Nothwendigkeit der Erhaltung der Ordnung, eine Mahnung, welche namentlich an die radikale Partei gerichtet wird. Eigenthümlich wird die Frage der „Republik“ behandelt.

„Die Republik existirt, sie ist die gesetzliche Regierungsform des Landes; etwas Anderes zu wollen würde aufs Neue die furchtbarste Revolution herbeiführen. Verkünnen wir nicht unsere Zeit, indem wir die Republik proklamiren . . .!“ Es handelt sich darnach für Herrn Thiers nicht mehr um eine ausdrückliche Anerkennung der republikanischen Regierungsform, welche nach seiner Auffassung de jure et de facto besteht, sondern nur um einen Ausbau auf dem vorhandenen Fundament. „Die Republik muß die Regierung sein, der sich Alle fügen“, weil jede andere Regierung, die nur das Werk einer Partei wäre, keinen Bestand haben könnte, Frankreich aber Ruhe wolle. Die Republik stößt auch, der Botschaft zufolge, nicht nur Frankreich, sondern „der ganzen Welt“ Vertrauen ein, wie denn überhaupt die „ganze Welt“ zu wiederholten Malen für Frankreich in der Botschaft in Anspruch genommen wird. Für das von einer wankenden Monarchie regierte Frankreich wird die Fiktion als bedrohliche Konsequenz hingestellt, dagegen werde eine von friedlichem Geiste befeelte Republik von Niemand abgestoßen werden. Augenscheinlich geht durch die ganze Botschaft ein Zug der Versöhnung für die Rechte, der sich auch in der sonst noch nicht gebrauchten Schlussformel, den Segen Gottes für die Erzielung eines dauernden Erfolges anzurufen, wiederfindet. Die einzige Konzession an die Radikalen möchte in der Erwähnung der wankenden Monarchie zu finden sein.

Von den zur Zeit versammelten österreichischen Landtagen liegt nur aus dem galizischen ein Lebenszeichen vor. Die ruthenische Fraktion hat daselbst einen Antrag auf direkte Reichsrathswahlen eingebracht, welcher aber natürlich von der Majorität abgelehnt wurde. Bekanntlich ist die Frage der Wahlreform Gegenstand ernstester Erwägungen der Regierung, auf welche das Votum des galizischen Landtages kaum einen großen Einfluß ausüben dürfte. — Der innsbrucker Landtag ist dem Schicksale erlegen, welches wir schon gestern als nahe bevorstehend bezeichnet haben. Er ist aufgelöst worden, weil er durch das Sichernhalten der ultramontanen Abgeordneten beschlußunfähig geworden ist.

In Italien herrscht politische Windstille vor dem Sturme — denn ein solcher steht allen Anzeichen nach schon gleich nach Eröffnung der parlamentarischen Session bevor. Jedoch ist man in aller Stille unvermerkt auf beiden Seiten geschäftig. Das parlamentarische Komitee der Linken, neben Cattazi aus Crispi, Mancini, Ferrari und La Porta bestehend, hat den Fezozugsplan für die Session festgesetzt. Sie beabsichtigen, sofort, ohne die Vorlagen des Ministeriums abzuwarten, in der Klosterfrage vorzugehen und werden, indem sie die Haltung der Regierung dem gesammten italienischen Klerus und insbesondere der Kurie gegenüber in der Form von Interpellationen und Referaten in die Debatte ziehen, mit aller Kraft darauf lossteuern, das jetzige Ministerium an diesem großen Steine des Anstoßes zerbrechen zu lassen. Cattazi selber ist wieder hier, und man sammelt schweres Geschütz zum Angriff.

Für das auf dieser Seite Folgende übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortlichkeit.

### Die Glas-Industrie im Regierungsbezirk Bromberg.

Nach allbekannten Thatsachen hat seit Kurzem die Glas-Industrie nach allen Seiten hin einen feltamen Aufschwung genommen. Trotz dem die Anlagen neuer Glasbläsen in letzten Jahren mehr als verdoppelt worden ist, erscheint dies immer noch nicht ausreichend, um dem allgemeinen Bedürfnis Rechnung zu tragen. Ein besonderes Beispiel in dieser Hinsicht liefern bei uns in Udey die Johann Hoff'schen Hüttenwerke zu Neufriedrichthal. Bei Uebernahme derselben vor etwa 2 Jahren fand Herr Kommissionsrath Hoff auf diesem ausgedehnten Etablissement nur einen einzigen betriebsfähigen Glasofen vor, der allerdings sehr stark zu arbeiten hatte, um nur die Hauptkunden einigermaßen zu befriedigen.

Mit großer Energie und Kapital-Anlage ließ Herr Kommissionsrath Hoff sich aber angelegen sein, sofort nach Bestimmung dieses Etablissements Erweiterungen vorzunehmen und hat denn auch während dieser Besitzzeit 4 neue Glasbläsen mit den dazu erforderlichen vielen Nebenöfen und vielen Baulichkeiten hergerichtet. Die Glasbläsen sind sämmtlich auf Massenproduktion eingerichtet, indem z. B. an einem Flaschenofen 24 Mann Glasmacher aus 12 Häfen arbeiten und dieselben in einer Arbeit zusammen mindestens 10,000 St. Hoff'sche Malzertrakt-Flaschen oder ähnliche Größen fabriziren. Außer dieser ausgedehnten Flaschenproduktion an 2 Oefen werden an einem 3. Ofen halbweiße Tafeln gefertigt und an einem vierten Ofen weißes Hohlglas, Beleuchtungs-Gegenstände, chemische und pharmazeutische Geräthschaften und Standgefäße. Ein fünfter Ofen in der Einrichtung zu weißem Tafelglas begriffen und soll binnen Kurzem in Betrieb gesetzt werden.

Aufträge von allen Seiten des In- und Auslandes liegen in solchen Quantitäten vor, daß obige Anzahl Oefen mindestens ein halbes Jahr zu arbeiten haben, um nur die prästantesten Ordres auszuführen. — Als höchstprestant liegen z. B. von div. Abnehmern in Summa folgende Ordres vor:  
1,781,000 div. Flaschen,  
2250. Kisten halbweißes Tafelglas,  
25,000 Hüttenhundert weißes Hohlglas.

Demnach erscheint nothwendig, auf diesem Etablissement noch mindestens 3 Glasbläsen neu herrichten zu lassen, so daß überhaupt 8 Oefen in Betrieb sind.

Um zu diesem ausgedehnten Betriebe das nöthige Brennmaterial anzuschaffen, hat der Königl. Kommissionsrath Hoff außer eigenem Dorfmoor von 200 Morgen noch ca. 400 Morgen Moor zum Anstochen angekauft und ist demnach in Anbetracht der guten Qualität und des tiefen Lagers des Torfes der Brennmaterialbedarf für obigen Betrieb auf mindestens 50 Jahre ausreichend, trotzdem noch Ziegelei und Kalkbrennerei im ausgedehntesten Maße auf diesem Etablissement betrieben wird.

Unsere Stadt Udey hat durch Herrn Kommissionsrath Johann Hoff einen nicht geringen Gewinn, da Hunderte von Menschen von seinem Etablissement in Neufriedrichthal ihr Brot haben. Auch haben Fachmänner anerkannt, daß bei den vielen Besitzern der Glasbläsenwerke in Neufriedrichthal dieses Etablissement nie blühte, als jetzt unter dem Königl. Kommissionsrath Johann Hoff, bei dem Geld, Kunstschaff und Intelligenz verdient ist. Herr Johann Hoff gebraucht selbst Millionen Flaschen, er ist sich also selbst ein guter Kunde. — Ebenso haben Fachmänner konstatiert, daß Neufriedrichthal die schönsten und praktischsten Glasbläsenwerke im ganzen Herzogthum Posen hat, Wasser, Bahnen und Chausseen in unmittelbarer Nähe, man könnte sagen vor der Thier.

Es ist unabsehbar, welchen Aufschwung unsere Stadt durch diesen Fabrikort Neufriedrichthal nehmen wird, schon jetzt macht sich in unserer Stadt die Wohnungsnoth der Arbeiter fühlbar.

**Lagerbier der Actien-Bierbrauerei Löbau**  
in Sachsen empfiehlt 25 Fl. 1 Thlr.  
**H. Fuchs' Bier-Depot,**  
10. Markt 10.  
Bitte genau auf den rothen Wagen zu achten.

### Allen Kranken Kraft und Gesundheit ohne Medicin und ohne Kosten.

„Revalesciere Du Barry von London.“  
Keine Krankheit vermag der delikaten Revalesciere du Barry zu widerstehen und bewährt sich dieselbe ohne Medicin und ohne Kosten bei allen Magen-, Nerven-, Brust-, Lungen-, Leber-, Drüsen-, Schleimhaut-, Athem-, Blasen- und Nierenleiden, Tuberculose, Schwindsucht, Asthma, Husten, Unverdaulichkeit, Verstopfung, Diarrhöen, Schlaflosigkeit, Schwäche, Hämorrhoiden, Wassersucht, Fieber, Schwindel, Nerven-, Ohrenrauschen, Uebelkeit und Erbrechen selbst während der Schwangerschaft, Diabetes, Melancholie, Abmagerung, Rheumatismus, Gicht, Bleichsucht. — Auszug aus 72,000 Certifikaten, die aller Medicin widerstanden:

Certificat Nr. 57.942.  
Glainach, 14. Juli 1867.  
Ihrer Revalesciere habe ich nächst Gott in meinen fürchtbaren Magen- und Nervenkrankheiten das Leben zu verdanken.  
Johann Godes, Provisor der Pfarre Glainach, Post Unterbergen bei Klagenfurt.  
Certificat Nr. 62.914.

Westau, 14. September 1868.  
Da ich jahrelang für chronische Hämorrhoidalleiden, Leberkrankheit und Verstopfung alle mögliche ärztliche Hilfe ohne Erfolg angewendet, so nahm ich in Verzweiflung meine Zuflucht zu Ihrer Revalesciere. Ich kann dem lieben Gott und Ihnen nicht genug danken für diese köstliche Gabe der Natur, die für mich die unberechenbarste Wohlthat gewesen ist.  
Franz Steinmann.

Nährhafter als Fleisch, erspart die Revalesciere bei Erwachsenen und Kindern 50 Mal ihren Preis in Argentinien.  
In Blechbüchsen von 1/2 Pfund 18 Sgr., 1 Pfund 1 Thlr. 5 Sgr., 2 Pfund 1 Thlr. 27 Sgr., 5 Pfund 4 Thlr. 20 Sgr., 12 Pfund 9 Thlr. 15 Sgr., 24 Pfund 18 Thlr. — Revalesciere Chocolade in Pulver und Tabletten für 12 Tassen 18 Sgr., 24 Tassen 1 Thlr. 5 Sgr., 48 Tassen 1 Thlr. 27 Sgr. Revalesciere-Bisquit in Büchsen à 1 Thlr. 5 Sgr. und 1 Thlr. 27 Sgr. — Zu beziehen durch Barry & Co. in Berlin, 178 Friedrichstraße; in Posen: Apoth. Jakob Schlegel, in Polnisch-Lissa bei S. A. Scholz, in Bromberg bei S. Hirschberg, Firma: Jul. Schottländer, in Grauberg bei Frits Engel, Apotheker, in Breslau bei S. G. Schwarz, und in allen Städten bei guten Apothekern, Droguen-, Spezerei- und Delikatessenhändlern.

In unserem Verlage ist erschienen:  
**Kalendarz polski i gospodarski**  
dla Wielkiego Księstwa Poznańskiego na rok Pański 1873 z rycinami. Tuzin 2 tal. 25 sgr., pojedynczo 10 sgr.  
Kalendarz ten zawiera, prócz astronom. i kościelnego.  
**Anna Orzelska, pani Błękitnego Pałacu, przez J. Barloszewicza;**  
**O rodzinie Kopernika;**  
**Wyprawa do miasta, historia nowo-roczna;**  
**Obliczenia cen nowych miar i wag podług starych;**  
**Wykaz jarmarków dla W. Ks. Poznańskiego, Prus Zachodnich, Wschodnich i Śląska, i t. d. i t. d.**  
Posen, im Oktober 1872.

**Buchdruckerei von W. Decker & Co.**  
(E. Köstel.)

### Winf für Capitalisten.

Von allen modernen Gündungen hat unstreitig die der Gas- und Wasserleitungsbau die meiste Berechtigung. Die Gasassociation kommt und Gesundheit unseres Lebens unentbehrlich geworden ist. Diese Art Anlagens sind daher mit Recht, trotz ihrer Jugend, mit großem Aufsehen z. B. die Actien der

**Continental-Gas- und Wasser- 202!**  
**Centralheizung 140!**  
**Neptun 117!**

Am meisten vernachlässigt sind jedoch die Actien für Gas- und Canalisations-Anlagen von **Granger & Hyan in Berlin,** die zu den besten und größten Geschäften dieser Art zählen und nur circa **94 %** stehen.  
Man versäume daher nicht, rechtzeitig zu kaufen, ehe auch diese über **pari** gehen.  
**Ein Unparteiischer.**

1869.	1869.	1869.	1871.	1871.
Amsterdam.	Wien.	Wittenberg.	Eger.	Dresden.
	1 Preis.		1. Preis.	

**Liebe's Nahrungsmittel in „löslicher“ Form:**  
**Extrakt der Liebig'schen Suppe,**  
Vacuum-Präparat des Apoth. u. Chem. F. Paul Liebe in Dresden.  
**Erfrischungsmittel für Wintermisch, Nahrungsmittel für Wintermisch, etc.**  
In Posen bei Apoth. F. Fußl.

rigen Lage, in welcher sich die meisten Familien, die ohne Hilfsmittel, ohne bestimmten Lebensunterhalt, oft so zu sagen à l'aventure nach Frankreich übergesiedelt sind, haben neuerdings bei uns Zurückgebliebenen das tiefste Mitleid erweckt, und allseits fließen Scherlein zu der allgemeinen Sammlung, welche die Société de protection des Alsaciens-Lorrains im ganzen Lande veranstaltet, um den täglich wachsenden Forderungen so vieler Hilfsbedürftigen einigermaßen Genüge leisten zu können. Die unüberlegten Agitationen rächen sich; Almosen können nie aufbringen, was eine regelmäßige Beschäftigung erwirbt.

**Oesterreich.**

**Wien, 13. Nov.** Große Sensation macht hier eine gestern in der Kongregation des pester Komitats gehaltene Rede des Erzbischofs Haynald zu Gunsten der Jesuiten. Zur Verlesung gelangte nämlich das Aufforderungsschreiben der Städte Hermannstadt und Arad um Unterstützung ihrer an den Reichstag gerichteten Petition gegen die Einwanderung der Jesuiten. Erzbischof Haynald nahm hierzu das Wort, um in zweistündigem Vortrage die Jesuitenfrage nicht nur Ungarns, sondern aller Länder zu besprechen. Ungarn hätte den Jesuiten, welche frühere Könige berietben, viel zu verdanken. Heute noch leisteten sie durch die Erziehung der Jugend, beispielsweise in Kalocsa, Bedeutendes. Daß Deutschland sie ausgewiesen, habe darin seinen Grund, daß Bismarck dasselbe nun auch im Protestantismus einigen wolle. Nach Haynald beantragte Gullner, die zwei Petitionen nicht nur zu unterstützen, sondern eine eigene Petition um die gesetzliche Beschränkung der Einwanderung der Jesuiten an den Reichstag zu richten. Der Antrag wurde unter stürmischem Beifall angenommen.

**Frankreich.**

**Paris, 12. Nov.** Der von dem Generalpostdirektor Rampont mit Rußland abgeschlossene Postvertrag wird der Nationalversammlung in aller Kürze vorgelegt werden, und das „Mien public“ ist der Ansicht, daß er daselbst um so weniger auf Widerstand stoßen werde, als er bezwecke, die nach Rußland gerichteten Korrespondenzen von der an Deutschland zu zahlenden Durchgangsabgabe zu befreien. Das offizielle Blatt fügt hinzu: „Man erwartet fortwährend mit großer Ungeduld das Resultat der mit den Vereinigten Staaten über einen ähnlichen Vertrag gepflogenen Unterhandlungen, welche die ungeliebte Langsamkeit der französischen Verwaltung schon zu lange aufhält.“ — Das amtliche Blatt veröffentlicht ein Dekret des Präsidenten der Republik vom 30. Oktober d. J., welches die Befugnisse der Artillerie- und der Genieoffiziere im Felde genau abgrenzt. Darnach ist Sache des Artilleriekörpers: 1) die Aufstellung und Errichtung aller Batterien und Alles dessen, was zur Bedienung der Geschütze gehört; 2) die Versorgung der Armee mit Waffen und Munition; 3) die Herstellung von Schiffspassagen oder sonstigen beweglichen Brücken, welche mit dem ihm Lande vorgefundenen Material gebaut werden. Dagegen fallen dem Geniekorps zu: 1) die Arbeiten zu permanenter Befestigung; 2) die Arbeiten zur Verteidigung der Festungen oder zum Angriff auf dieselben und die hiermit zusammenhängenden Rekognosirungen; 3) die vorübergehenden Befestigungsarbeiten, welche die Armees- oder Divisionsgeneräle anordnen, als da sind: Brüstungen, Laufgräben, Schanzen, Feldschanzen, Blockhäuser, Brückenköpfe, verschanzte Linien und Lager, Dämme gegen Ueberschwemmungen u. s. w., nebst den damit zusammenhängenden Rekognosirungen; 4) die zu den Bewegungen und Operationen der Truppen nötigen Arbeiten, als da sind: Eröffnung von Passagen, Anlage, Wiederherstellung oder Vernichtung der Straßen, der gemauerten und Holzbrücken, sei es auf Piloten oder sonstigen Gerüsten; auch kann das Genie mit der Herstellung beweglicher Brücken mit Hilfe des im Lande vorgefundenen Materials betraut werden und auf alle Fälle hat es stets die Zugangsrampen der für die Armee bestimmten Brücken herzustellen.

Der Bischof von Versailles, einer der fanatischsten französischen Prälaten, hat, wie die „Republique française“ erzählt, aus dem Entschlusse Henri Rochefort's, seine Ehe der priesterlichen Einsegnung zu unterziehen, worüber wir in Nr. 528 referirt haben, für die Sache der katholischen Kirche Kapital schlagen wollen. Er verbot daher dem Pfarrer der St.-Ludwigskirche, die Trauung vorzunehmen, wenn nicht Rochefort vorher folgende schriftliche Erklärung abgab: „Ich Unterzeichneter erkläre an Eidesstatt: 1) daß ich der katholischen apostolischen und römischen Kirche angehöre; 2) daß ich Alles widerrufe, was ich jemals gegen die Glaubenssätze dieser Religion geschrieben habe, und daß ich mich verpflichte, dieselbe auch in Zukunft zu respektiren.“ — Rochefort weigerte sich natürlich, einen solchen Revers auszustellen, und es bedurfte der persönlichen Intervention des Ministers des Innern, um den Bischof zur Zurücknahme seines Verbots zu vermögen.

**Spanien.**

**Madrid, 9. November.** Ein Gegenstück zu der Heirath des Herrn Charles Lohson, weiland Paters Hyacinth, ist gegenwärtig in Spanien im Werden. Eine Nonne, welche das volle Gelübde abgelegt hatte, ist aus einem der Klöster des Nordens ausgetreten und hat in Madrid ihren Wohnsitz genommen. Sie will sich dort verheirathen; indessen verweigert die zuständige Behörde ihre Mitwirkung zu der bürgerlichen Eheschließung, weil das Gesetz über die Zivilehe im 5. Artikel die Trauung von „Katholiken, welche in sacris ordinirt worden oder in einen kanonisch approbirten religiösen Orden eingetreten sind und das Gelübde der Keuschheit abgelegt haben“, verbietet. Wie aber Heinrich IV. der Meinung war, daß die Krone Frankreichs eine Messe werth sei, so glaubt die Nonne, den ehelichen Stand wohl mit dem Verzicht auf die Messe erkaufen zu können, und hat ihren Austritt aus der katholischen Kirche erklärt. Nach der klaren logischen und grammatikalischen Auslegung des oben berührten Gesetzes-Paragraphe ist somit das der bürgerlichen Trauung entgegenstehende Hinderniß weggeräumt; unsere Klerikalen aber haben nicht umsonst die von den Jesuiten überkommene Interpretationskunst studirt, und weisen nach, daß jener Paragraph bedeute: „ein Jeder, der als Katholik ordinirt worden sei u. s. w.“ Mit Hilfe solcher Klerikalen Gesetzesdeutungen würde man beweisen können, daß Jemand, der früher einmal Soldat gewesen ist, sein Leben lang den Militärgefehen unterworfen wäre, auch nachdem er in den Bürgerstand zurückgetreten. Inzwischen giebt dieser Streit der ultramontanen Opposition wieder Anlaß, gegen die neue Verfassung loszusprechen, welche die persönliche Freiheit auf breitere Grundlagen gestellt hat, als dem Klerikalismus lieb ist; und zugleich muß man wieder die Jeremiaden von den „demagogischen Leidenschaften, der wachsenden Unsitlichkeit, dem sozialen Bankerott, dem Internationalismus und dem Petroleum“ über sich ergehen lassen. — Das Kriegsgericht in Ferrol hat schon eine Reihe von Urtheilen über die Theilnehmer an dem jüngsten Aufstande gefällt. Einer ist zum Tode, ein Anderer zu lebenslänglicher Zwangsarbeit, 29 sind zu zehnjähriger,

einer zu sechsjähriger Haft verurtheilt, vier wurden freigesprochen; endlich werden 300 der gefangenen Meuterer in die Kolonien gesandt, um dort ihre Strafe abzuhängen.

**Großbritannien und Irland.**

In Sachen der rothen Internationale ist von Seiten der in London lebenden Kommunisten daselbst eine Broschüre herausgegeben worden: „Die Internationale und die Revolution, gelegentlich des Kongresses zu Haag“, in welcher die ermittelten Mitglieder des Generalrathes auseinandersetzen, weshalb sie mit der Internationale gebrochen haben. Die Broschüre ist eine Bestätigung der bereits früher verlautbarten Nachrichten über die Spaltungen im Schooße der Gesellschaft, die Ueberfiedelung des Generalrathes nach New-York u.

**Schweden und Norwegen.**

**Stockholm, 8. Nov.** Die norwegische Regierung hat das Dampfschiff „Albert“ gemiethet, um es auf eine Expedition zur Auffindung der Probiantfahrzeuge der schwedischen Nordpol-Expedition „Onkel Nam“ und „Gladan“, sowie der sechs norwegischen Fischerfahrzeuge — mit einer Besatzung von zusammen 100 Mann — welche man bei Spitzbergen eingefroren vermutet, auszusenden. Es wird Nacht und Tag an der Ausrüstung dieses Schiffes gearbeitet, damit dasselbe schon am nächsten Sonntag Morgen abgehen kann.

**Rußland und Polen.**

**St. Petersburg, 11. Nov.** Die russische Presse bezeichnet es allgemein als eine eigenthümliche Erscheinung, daß die Mehrzahl der in die petersburger Universität Eingetretenen im gegenwärtigen Jahre aus Seminaren besteht. In Folge eines solchen Zudranges von Böglingen geistlicher Seminarien zu den weltlichen Lehranstalten (nach den für die Aufnahme junger Leute in die Universität geltenden Bestimmungen, können nämlich auch Böglinge der geistlichen Seminarien in dieselbe eintreten) hat sich die Zahl Derer, welche sich einer pastoralen Thätigkeit widmen wollen, sehr vermindert und viele geistliche Aemter bleiben unbesetzt. Ein solcher Zustand der Dinge wird sich jedoch bald ändern, denn, wie verlautet, sollen vom nächsten Jahre ab alle Böglinge der geistlichen Seminarien, welche in die Universität zu treten wünschen, in den Gymnasien einer vorgängigen Prüfung in allen Fächern des Gymnasialkurses unterzogen werden. — Im Anschlusse hieran sei bemerkt, daß in Moskau ein klassisches Mädchen-Gymnasium mit dem vollen Kursus der Knabengymnasien nach dem ungestalteten Gymnasialreglement von 1871 von einer Frau Fischer gegründet worden ist. Es ist bemerkenswerth, daß eine ungeheure Zahl junger Mädchen von 16 und mehr Jahren sich zum Eintritt in dieses Gymnasium gemeldet hat. — Die religiöse Bewegung in den Kirchen Westeuropas übt zum Theil auch Einfluß auf die armenische Bevölkerung Anatoliens (Transkaukasien). Es geht das Gerücht, daß die Armenier, welche im türkischen Reiche wohnen, den Plan zur Einberufung eines Konzils in Eischmiadsin entworfen haben. — Dem vom statistischen Zentralkomite herausgegebenen „Statistischen Almanach des Russischen Reichs“ entnehmen wir hinsichtlich des Areals und der Bevölkerungsverhältnisse Rußlands folgende interessante Hauptzahlen: Das europäische Rußland mit Einschluß des Großfürstenthums Finnland hat 93,826.83 Quadratmeilen mit 71,207,794 Bewohnern, so daß 758. Menschen auf die Quadratmeile kommen. (Polen hat in seinen zehn Gouvernements 2220.4 Quadratmeilen mit 5,705,607 Bewohnern; es kommen daher auf die Quadratmeile 2569 Menschen. Die Städtebewohner betragen 25. Pro. der Gesamtbevölkerung, und auf 100 Männer kommen 106. Frauen). Das asiatische Rußland hat ein Areal von 281,978.4 Quadratmeilen mit 10,537,513 Bewohnern (37.4 Menschen auf die Quadratmeile). Das ganze russische Reich umfaßt demnach 375,805.24 Quadratmeilen mit 81,745,307 Bewohnern, von denen 217.5 auf die Quadratmeile kommen. Ich will hieran noch die Bemerkung fügen, daß unter der Bauernbevölkerung des asiatischen Rußlands auch 1,129,848 Nicht-russen und 151,589 Verbannte (100,344 Männer und 51,245 Frauen) mitgezählt sind.

**Amerika.**

**Newyork, 25. Oktbr.** Die „N.-Y.-Ztg.“ äußert sich über eine Angelegenheit, für welche man sich in Deutschland womöglich noch mehr interessieren sollte als hier, indem die deutsche Nationalehre unmittelbar daran theilhaftig ist.

Es liegen, schreibt das erwähnte Blatt, „neuerdings Beweise dafür vor, daß die alte Raubstaatenpraxis der Vagandigung schwerer Verbrecher zur Auswanderung nach Amerika drüben noch nicht ausgestorben ist. Die Autorität eines meclenburger Blattes birgt dafür, daß „Johannes Dreysfuß, der Brandstifter und Mörder von Torgelow, welcher im Jahre 1869 zu lebenslänglicher Einsperrung verurtheilt, aber von Sr. k. Hoheit dem Großherzog im letzten Juni begnadigt wurde, gegen das Versprechen, sofort nach Nordamerika auszuwandern und sich nie wieder in diesem Lande blicken zu lassen, von Chicago aus an seine Familie geschrieben hat, daß er in jener Stadt glücklich angelangt und entschlossen sei, sich dort niederzulassen.“ So sehr dies die guten Meclenburger erfreuen und beruhigen mag, so wenig haben die Bewohner Chicagos, wie überhaupt die Amerikaner Grund, die Errungenschaft willkommen zu heißen, zumal da Dreysfuß zu den desperatsten Charakteren gehört und seines Verbrechens geständig war. Aus Vera erfährt man, daß dort, inmitten allgemeiner freudiger Aufregung, zwei Verbrecher — der Barbier Tornewend, welcher vor zwei Jahren seine Frau vergiftete und sein Kind zu ermorden versuchte, weil er eine andere Frau zu ehelichen wünschte, und der Landarbeiter Peter Bender, wegen neunmaligen Straßenraubes verurtheilt, brüderlich zusammengeschlossen, abgeführt wurden, um auf ein Auswandererschiff gebracht und erst ihrer Ketten entledigt zu werden, wenn dasselbe in See stach — Alles aus Gnade Sr. Hoheit des Fürsten Neuz. Man sollte drüben wissen, daß dies nach amerikanischen Begriffen eine feindselige Handlung gegen dieses Land ist, und daß es die daran Theilhabenden einer Bestrafung aussetzt. Wäre dieses aber auch nicht der Fall, so sollte, wenn die Regierungen kein Ehrgefühl haben, das Volk ihnen mit diesem nützlichen Artikel aushelfen. Die öffentliche Meinung sollte solches nicht dulden. Jedenfalls kann man nicht erwarten, daß Amerika dies auch jetzt noch ruhig hinnimmt, und daß es nicht zu Repressalien greift. Den kleinen Raubstaaten war früher nicht bezutommen, jetzt aber hat man das Reich, welches verantwortlich ist, an das man sich halten kann und wird. Wir brauchen nur die Aufmerksamkeit des Reichskanzleramtes auf den Gegenstand zu lenken, um Maßregeln zu veranlassen, welche die Wiederholung solcher Transporte unmöglich machen.

**Lokales und Provinzielles.**

**Pöfen, 15. November.**

— Das Schmerzenskind der pöfener Geschäftswelt und der Presse, die telegraphische Verbindung Pöfens mit Berlin, hat uns neues Leid verursacht. Während das Wolffsche Telegraphen-Bureau in Berlin bereits gestern melden konnte, daß die durch das letzte Unwetter gestörte Verbindung mit Paris, Gotha, Kassel, Köln, Magde-

burg wiederhergestellt sei, ist unser ohnedies mangelhafter, vielbeflagter Drahtverkehr mit Berlin noch heute nicht im Gange. Um eine Depesche nach dem Westen zu spediren, müssen wir dieselbe erst nach Breslau senden, in Folge dessen dieser Draht natürlich überfüllt sein mag. Die Böhrendepeschen, welche heut Nachmittag hier eintreffen sollen, werden wir wohl vergeblich erwarten. Wann endlich wird die Staatsverwaltung aufhören, Pöfen als ein Stiefkind zu betrachten, für welches die Ueberreste gut genug sind. Es wird gerade hier der Bevölkerung manches Opfer zugemuthet, Opfer im nationalen Interesse, aber daß die Regierung zum Lohn dafür unsere Provinz ganz besonders bevorzugen möchte, ist auf keinem Gebiete zu bemerken.

— Herr Salomon Löwinsohn ersucht uns um folgende Berichtigung:

In Nr. 532 der Pöfener Zeitung, die mir erst heute zu Gesicht kam, ist in dem Referate über die Versammlung zur Besprechung der Stadtverordnetenwahlen mit der Aeußerung untergeschoben:

„daß hier (in der Vorberathung) deutsche und nicht polnische Deputirte nach polnischer Manier zu wählen wären.“

Ich erkläre diese Mittheilung für unwahr, denn ich habe nur gesagt: „Bei dem eigenthümlichen Zustande, daß hier selbst bei städtischen Wahlen die Nationalitäten gesondert ihre Vorwahlen treffen, ist es Aufgabe der deutschen Wähler, nicht durch untergeordnete Differenzen eine Spaltung herbeizuführen, die zur Folge haben könnte, daß alle 15 Stadtverordnete der polnischen Nationalität angehörten.“

Nachdem wir dem Wunsche des Herrn Löwinsohn nachgekommen sind, wollen wir zur Entschuldigung unseres Herrn Referenten nur bemerken, daß bei der Aufregung der Versammlung, bei dem zeitweiligen Lärm und dem Umstande, daß sich viele Anwesende von einem Orte zum anderen bewegten, ein Irrthum in Bezug auf die Person des Redners leicht vorkommen konnte. Leicht möglich, daß die Worte, welche unser Herr Referent Herrn Löwinsohn zuschrieb, von einem Anderen gerufen worden sind.

— Für den Gefängnißbau in Pöfen sind im Staatshaushaltsetat pro 1873 als zweite Rate 50,000 Thlr. und für einen gleichen Bau in Gnesen als erste Rate 21,000 Thlr. ausgesetzt.

— Die Anzahl der Polizeireviere unserer Stadt soll bekanntlich von 5 auf 6 durch Hinzuziehung der Dörfchen Zerpsee, St. Lazarus, Wilda u. vermehrt werden. Wahrscheinlich wird dies schon im nächsten Jahre eintreten, indem in dem Staatshaushaltsetat pro 1873 für die Polizeiverwaltung in Pöfen bereits das Gehalt für eine neue Polizeikommissarien-Stelle und für 10 Schutzmannstellen ausgeworfen ist.

— In der polytechnischen Gesellschaft wurde am Sonnabend eine neue Art von Defen, wie sie z. B. in der neuen l. Porzellan-Fabrik zu Charlottenburg ausgeführt sind, beschrieben und davon eine Zeichnung vorgelegt. Diese Defen eignen sich auch vorzüglich zur Fabrikation von Paraments- und Verblendsteinen, welche in den gewöhnlichen Ringöfen, besonders wenn Steinkohlen als Brennmaterial angewendet werden, nicht gut gerathen, indem sie ein schlechtes Aussehen erhalten. Mit diesen Defen ist ein Gas-Generator verbunden, in welchem das Gas aus Steinkohlen erzeugt, mit Luft gemischt, in den Brennofen geleitet, und dort zur Verbrennung gebracht wird; der Ofen selbst ist ähnlich, wie ein Pöfischer gebaut, besitzt zwei Neben von je 9 Kammern, und stüdet das Brennen der Waare gleichfalls kontinuierlich statt. In Amerika baut man kontinuierliche Defen der geringeren Kosten wegen ohne Gewölbe und bedeckt die oberste Schicht der zu brennenden Steine mit Erde; ein derartiger Ofen ist auch in der Gegend von Birnbaum auf dem Gute des Herrn Pflug ausgeführt. Doch werden die obersten Schichten der Steine, ebenso wie bei den gewöhnlichen Feldöfen, stets schlecht, und beträgt der Verlust an Steinen dadurch ca. 5 pCt., bei Feldöfen 20 pCt. Auch werden die geringeren Kosten für einen derartigen, oben offenen Ofen vollkommen aufgewogen durch die jedesmalige Arbeit des Erdaufschüttens, sowie durch den Verlust an Ziegeln. — Das eine der Waffnen der alten städtischen Wasserleitung im Glazis des Kernwerks ist nunmehr gedeckt und dadurch das Wasser gegen jede Verunreinigung gesichert. Da nun die alten hölzernen Leitungsröhren bereits zum großen Theil unbrauchbar sind, und eiserne Röhren bei den gegenwärtigen hohen Eisenpreisen sehr theuer zu stehen kommen würden, so dürften sich vielleicht zu dem angegebenen Zwecke Asphalt-Röhren, wie sie z. B. von Bochum in Westphalen geliefert werden, empfehlen. Dieselben sind 3/4 Zoll stark und innen glatt, so daß sich kein Schmutz ansetzen kann und besitzen einen hohen Grad von Haltbarkeit; der laufende Fuß davon kostet 5 Sgr., während eiserne Röhren dreimal so theuer zu stehen kommen würden.

— Die Ostdeutsche Bank hat sich veranlaßt gesehen, in Folge einer übelwollenden Korrespondenz, welche verschiedenen Börsenblättern in Berlin von hier aus zugesandt worden war, an jene Blätter eine Berichtigung zu senden, worin sie die Angaben jenes Korrespondenten „als Erguß niedrigster Verleumdung“ bezeichnet. Die thatsächliche Berichtigung lautet in „Salings Börsenbl.“ wörtlich wie folgt:

Es ist unwahr, daß die Bank 6 % ihres Betriebsfonds an Gründungen gewonnen, da dieser Gewinn kaum 1 1/2 % beträgt; es ist unwahr, daß die Bank ein unbedeutendes Effekten-Kommissionsgeschäft betreibt; da die Umsätze im Kontoforrent- und Effektenverkehr in den ersten 9 Monaten Neun und vierzig und eine halbe Million nachwies; es ist unwahr, daß die Bank im reinen Bankgeschäft nur 1 1/2 % verdient habe, da der Gewinn hieraus, wie jetzt schon als Minimum nachgewiesen, über das Vierfache beträgt, während Lombard- und Wechselverkehr und Hypothekenregulirungen auch nicht unbedeutenden Gewinn nachweisen; es ist unwahr, daß die Bank nicht im Stande gewesen, sich das Vertrauen des hiesigen Platzes zu erwerben, da im Gegentheil Provinz und Stadt in hohem Maße dem Institut ihr Vertrauen entgegengetragen, wie sich dies durch die täglich wachsende Kundschaft manifestirt. Die Gründe, welche den verläumderischen Bericht veranlaßt haben, werden Sie selbst ermessen können. Die Zahlenangaben sind unseren Büchern konform.

— Wegen unerlaubten Verlassens der preussischen Lande, um sich durch der Militärpflicht zu entziehen, verfolgt das Kreisgericht zu Wagnowitz fleckbrieflich 14 Landwehrmänner, von denen jeder zu 25 Thlrn. Geldbuße resp. zu 14 Tagen Gefängniß verurtheilt ist, während das Kreisgericht zu Pöfen 22 militärpflichtige Personen auffordert, sich spätestens bis zum 17. December zu stellen, widrigenfalls sie in contumaciam verurtheilt werden. — Wegen Desertion von der Fahne werden drei in unserer Provinz gebürtige Individuen fleckbrieflich verfolgt.

— Diebstahl. Einem Briefträger wurde am Mittwoch aus dem Briefträgersaal ein Paletot mit Haarschlüssel gestohlen. — Am Donnerstage wurden zwei, nicht gut beleumundete junge Leute beim Verkauf einer goldenen Tuchnadel angehalten. Es ergab sich, daß die Nadel einer Herrschaft durch ein Dienstmädchen vor längerer Zeit gestohlen und einem der jungen Leute, dem Geliebten des Mädchens, gegeben worden war.

— Die Polen in der Schweiz. Der „Kreuztg.“ wird von hier geschrieben: Seitdem der polnische General Kosciuszko vor etwa 60 Jahren Solothurn zu seinem Aufenthalt gewählt, hat die Schweiz stets eine ganz besondere Anziehungskraft für die Polen gehabt, so daß die Anzahl der polnischen Emigranten und Studierenden, welche sich gegenwärtig dort aufhalten, eine gar nicht unbedeutende ist. Als bekannt kann wohl vorausgesetzt werden, daß Graf Plater an der Spitze der national-aristokratischen Partei steht, daß die Sozialdemokratie unter den dortigen Polen viele Anhänger zählt und daß im Schloße zu Rapperswil sich ein polnisches National-Museum befindet; auch ist in neuester Zeit das Denkmal, welches im Jahre 1863 zur Erinnerung an den hundertjährigen Kampf der polnischen Nation am Rapperswiler See errichtet wurde, in die Nähe des Schlosses veretzt worden. Seit einem halben Jahre erscheint nun in Zürich auch ein politisches

Organ in polnischer Sprache: der „Głos Polski“ (polnische Stimme); allerdings wegen der sehr geringen Abonnentenzahl monatlich nur zweimal. Von den Studierenden polnischer Nationalität in Zürich, welche dort in der Anzahl von etwa 100 theils die Universität, theils die polytechnische Schule besuchen, ist nun in neuester Zeit die Idee angeregt worden, eine besondere polnische Zeitschrift für die gesammte polnische studierende Jugend erscheinen zu lassen. Man wandte sich zu diesem Zwecke von dort an die polnisch-österreichischen Vereine auf den verschiedenen Universitäten Europas, um dieselben sowohl zur materiellen, wie zur geistigen Unterstützung des Unternehmens zu bewegen, und haben u. A. bereits die Vereine zu München und Breslau (wie der „Głos Polski“ mittheilt) zugesagt. Auch der Verein polnischer Studirender zu Leipzig hat seine Mitwirkung versprochen, jedoch nur unter der Bedingung, daß das neue Organ sich lediglich mit wissenschaftlichen Fragen und mit den Interessen der polnischen Studirenden beschäftigen, jedoch politische und religiöse Fragen ganz ausschließen. Diese neue polnische Zeitschrift, welche den Namen: „Die Zukunft, Organ der polnischen Jugend“, führen soll, wird monatlich zunächst nur einmal erscheinen. — Auf der Versammlung, welche im September dieses Jahres von den Polen in Solothurn abgehalten wurde, beschloffen diese, einen Verein ins Leben zu rufen, welcher die gesammten, in der Schweiz ansässigen Polen umfassen solle. Die Kommission, welche zur Ausarbeitung der Statuten dieses Vereins ernannt wurde, hat nun in der neuesten Nummer des „Głos Polski“ einen Aufruf erlassen, in welchem sie zur Bildung eines „Vereins der in der Schweiz wohnenden Polen“ auffordert, und gleichzeitig den Statutenentwurf veröffentlicht. Danach soll dieser Verein die über die Schweiz zerstreuten Polen zu einem Gesamtkörper verbinden, zur Erhaltung der polnischen Nationalität beitragen, darüber wachen, daß jedes Mitglied ein anständiges und moralisches Leben führe und sich nicht in die inneren politischen Angelegenheiten der Schweiz mische; auch sollen die Mitglieder sich gegenseitig unterstützen, jüngeren Polen sollen zum Studium Subventionen gewährt und für die Wittwen und Waisen der hinterbliebenen Mitglieder Sorge getragen werden. Wie man sieht, ist das Verhalten der sozialdemokratischen Polen in der Affaire Njetchajew auf den Entwurf dieser Statuten nicht ohne Einfluß gewesen!

Der Verwaltungsrath des polnischen Vereins zur Unterstützung hilfsbedürftiger Studirenden in Zürich erklärt, daß er bis jetzt nicht die geringste Unterstützung aus dem Posenischen erhalten hat, trotzdem er mehr als hundert arme Studirende auf der Universität in Zürich und im dortigen Polytechnikum unterstütze. Es kommt ihm nur sehr spärliche Hilfe aus Westpreußen und Galizien, und wenn nicht das Ausland den Verein unterstützen würde, so würde er, nachdem er acht Jahre bestanden und Polen ausgezeichnete (?) Dienste erwiesen hat, genöthigt sein, sich aufzulösen.

Ein neues polnisches Organ für den Bürgerstand wird hier unter dem Titel: „Wiara“ von Neujahr ab dreimal wöchentlich erscheinen. Es wird das als ein Konkurrenzblatt gegenüber dem „Drendownik“ werden. Als Redakteur wird genannt Hr. Krasiwicz, ehemaliger Lehrer, welcher für die hiesigen polnischen Zeitungen schon mehrfach Artikel über das Schulwesen, vornehmlich gegen die Simultanschule, geschrieben hat.

Die Mittheilung der „Nordd. Allg. Ztg.“, daß ein in der Druckerei des Krafauer „Glas“ gedrucktes neues Blatt „Antiprawda“, das die maßlosesten Angriffe gegen das Deutsche Reich und den preussischen Staat enthalte, nebst einem aus derselben Druckerei hervorgegangenen polnischen „Bauerntathismus“ massenweise über die preussische Grenze geschmuggelt und zu agitatorischen Zwecken unter der ober-schlesischen Bevölkerung verbreitet werde, wird von der Redaktion des „Glas“ mit dem Bemerkten demontirt, daß die genannten Schriften weder ihr, noch überhaupt in Krakau bekannt seien und also unzulässig dort gedruckt werden könnten.

In Ostrowo wurden am Dienstage zum Provinzial-Landtage gewählt: Nath v. Bablocki-Olesnica zum Deputirten, v. Storzewski-Russojzyce und v. Szejnowski-Slawino zum Stellvertreter. Die Theilnahme war eine außerordentlich geringe, indem nur 4 Polen und gar kein Deutscher zu der Wahl erschienen waren.

Gräg, 12. Nov. [Stadtverordnetenwahlen.] Am gestrigen und heutigen Tage fanden hierseits die Stadtverordneten-Ergänzungs-wahlen statt. Es scheidet mit dem 1. Januar 1873 4 Stadtverordnete aus und es hat daher eine Neuwahl von eben soviel Mitgliedern stattgefunden. In der ersten Wahlabtheilung zerplitterten sich die Stimmen unter drei Kandidaten; es erreichte keiner derselben die absolute Stimmenmehrheit und ist zur Abhaltung der engeren Wahl zwischen den beiden Kandidaten mit den meisten Stimmen Termin auf den 19. d. Mts. angesetzt worden. In der II. Abtheilung wurden die bisherigen Stadtverordneten, Rechtsanwalt Klemme und Kaufmann Greiffenberg wiedergewählt. In der III. Abtheilung ist der Dominal-Verdant Görski gewählt worden; derselbe hat die Annahme der Wahl aus gesetzlich rechtfertigenden Gründen abgelehnt, weshalb auch hier eine Neuwahl erfolgen muß, wozu Termin auf den 20. d. Mts. angesetzt worden. Uebrigens sind seit Jahren dergleichen Wühlereien, wie diesmal, in so auffallender Weise seitens der verschiedenen Parteien bezüglich der Durchbringung ihrer Kandidaten nicht vorgekommen. Zur Wahl eines Provinzial-Landtags-Abgeordneten sind für die hiesige Stadt für die Periode 1873/78 zu Ortswählern der Rathsherr Berardt und der Ackerbürger Großmann durch die Stadtverordneten-Versammlung einstimmig gewählt worden.

L. Krosen, 15. Nov. [Wahl.] Mit Ablauf dieses Jahres scheidet 3 Stadtverordnetenmitglieder: Rechtsanwalt Geißler, Gasthofbesitzer Georg Feldmann und Färbermeister Bayer aus der Verammlung aus. Künftigen Montag, den 18. November c., früh um 9 Uhr, findet die Ergänzungswahl statt. Wir wollen hoffen, daß sich dieses Mal die Deutschen reger betheiligen werden; gegenwärtig haben wir nur 4 deutsche, aber 5 polnische Stadtverordnete.

W. Kreis Krotoschin, 12. Nov. [Kreisstag.] Auf den 11. Dezember d. J. ist in Krotoschin der letzte diesjährige Kreisstag einberufen. Es wird u. A. vorgeschlagen werden: 1) die Kreis-Chaussee von Krotoschin bis an die Grenze von Freihan und die von Pogorzela nach Sandberg, welche letztere im Jahre 1873 beendet wird, an die Provinz abzugeben und die desfalls gewählten Kommissionen unter dem Vorsitz des Landraths zu ermächtigen, die erforderlichen Verträge mit den Vertretern der Provinz im Namen des Kreises abzuschließen. Auch soll über die Verwendung der dem Kreise erstatteten Unterstützungen für Landwehr- und Reservistenfamilien im Betrage von 27,322 Thlr. 15 Sgr. berathen werden. Da die Vertheilung dieses Betrages an die Kreiseinsassen, welche Unterstützungen gezahlt haben, von der l. Regierung für unzulässig erklärt werden, so wird vorgeschlagen werden, den nach Abzahlung von 16,000 Thlr. Kreis-schulden noch verbleibenden Rest von 11,322 Thlr. 15 Sgr. und die inzwischen erwachsenen Zinsen, sowie die dem Kreise für die Unterstützungen vom 30. November 1871 ab noch zu gewöhnliche Entschädigung zu den laufenden, etatsmäßigen Kreis-kommunalbedürfnissen zu verwenden. Endlich sollen auch Beratungen über Kreis-Chausseebauten stattfinden und der Kreis-kommunal-Etat pro 1873 festgestellt werden. — Für den Distrikt-Kommissar Brodniewicz, dessen Dienstzeit ultimo dieses Jahres abläuft, ist der Rathmann Mayer Wallmann in Borek als Kreis-tag-Deputirter von Borek gewählt worden.

† Budweis, 10. Novbr. [Feuer in königlichem Lagermit. Mangelhafte Feuerlöschgeräthschaften. Nothwendigkeit einer Feuerwehr.] Am vergangenen Montag, kurz vor Sonnenuntergang, brach im Wohnhause des Wirthes Valentin Redziora in königl. Lagermit Feuer aus, und da das Gebäude ein altes Strohdach hatte, so war auch ein Ketten des Gebäudes nicht zu denken. Die aus der Umgegend herbeigeilten Nachbarn suchten hauptsächlich die Hausgeräthe, Kleider und Betten zu retten, während der Eigenthümer unauffällig flehte, vor allen Dingen die mit Kraut gefüllten Tonnen aus der Stube in Sicherheit zu bringen, was eine gewisse Festerkeit hervorrief. Das Kraut verbrannte jedoch, während der größte Theil der Sachen gerettet wurde. Das abgebrannte Haus war in der Feuerfasse auf 40 Tbl. versichert und wird wohl für diese Summe heutzutage nicht wieder erbaut werden können. — Merkwürdig sind die mangelhaften Löschgeräthschaften auf dem platten Lande unierer Provinz. Ein Dorf wie Lagermit hat keine Feuerspritze; der nächste der Nachbarn, der eine solche in gutem Zustande besitzt, ist der

Outsbefitzer von Bronzyn, welches Dorf fast eine Meile von Lagermit entfernt liegt. Zur Spritze dieses Gutes hat die Gemeinde Lagermit 40 Thlr. gegeben (sie kostete neu 80 Thlr.). Kann nun aber diese Spritze im Falle eines Brandes in Lagermit das Mindeste zur Rettung beitragen? Ein näher gelegener Outsbefitzer eilte zwar mit seiner kleinen Karrenspritze zur Rettung herbei; aber als sie in Thätigkeit gesetzt werden sollte, zeigte es sich, daß sie verdorben, und ehe der Dorfschmied die Reparatur ausführen konnte, war der Brand vorüber. Herr Lichtwald aus Bednary kam mit Leuten und Wasserkrufen herbeigeilte, und soll es seinen Bemühungen vorzüglich zuzuschreiben sein, daß das Feuer nicht weiteren Schaden angerichtet hat. — Eine gründliche Aenderung des Löschwesens auf dem flachen Lande und in den kleinen Städten thut wirklich Noth; an eine entsprechende Einrichtung einer Feuerwehr auf dem Lande ist noch nicht gedacht worden. Die Ursachen des obigen Brandes sind bis jetzt noch nicht ermittelt.

v. Rogasen, 12. November. [Vorschußverein.] Der seit dem 15. August d. J. in Wirksamkeit getretene hiesige Vorschuß-Verein hat von genannter Zeit an bis ult. Oktober nach dem Kassenausschluß mit einem Kapital von 1956 Thlr. 7 Sgr. 9 Pf. gearbeitet. Für den Anfang ist das schon ganz passabel. Aber es zeigt doch noch in gar keinem Verhältnis zu der Bewohnerzahl. Wenn bei einer Bevölkerung von über 5000 Seelen bis jetzt diesem so nützlichen Institute nicht mehr als 60 Mitglieder sich zugewendet haben, so weiß man nicht, ob man den Mangel an Verständnis oder die unverwundliche Indolenz mehr tabeln soll. Aber, auch wenn man keine Anwendung weiter von den Vortheilen des Vorschußvereins machen will, so verdient derselbe doch der guten Sache wegen möglichst ausgedehnte Unterstützung.

E. Exin, 12. November. [Missionsfest. Pensionierung. Schuleinrichtungen. Parzellirung.] Nach einem mehrjährigen Ausfall wurde am 7. dieses Monats in der hiesigen evangelischen Kirche wieder ein Missionsfest begangen. Nach dem Eingangsgesang hielt Pastor Kaufbach aus Nafel die Predigt und Missionspredigt Petri vom Missionshause aus Berlin den Bericht, der sich zunächst über den 150,000 Thlr. erfordernden Bau des neuen, bereits unter Dach befindlichen Missionshauses in Berlin verbreitete, dann Mittheilung über das äußerste Vordringen der Berliner Missionäre vor allen andern Missionsgesellschaften in das Innere Südafrikas machte und zum Schluß noch einige Lebensbilder von dortigen Heidenchristen gab. Nach der Schlussliturgie wurde wie sonst an den Ausgängen eine Kollekte für diese Mission eingemeldet, die bei der nur geringen Betheiligung wegen des Regenwetters doch 21 Thlr. ergeben hat. — Tags zuvor hat der Hilfsverein zu Nafel in der dortigen Kirche ein Missionsfest gefeiert, wobei Pastor Schulz aus Sadle die Predigt, den Bericht ebenfalls Missionspredigt Petri gehalten hat. Die für die gleiche Mission eingesammelte Kollekte betrug 20 Thlr. — Der hiesige erste jüdische Lehrer Bartmann hat nach 35jähriger Amtsbüthigkeit, die ersten Jahre in Wollstein, wofür wegen Krankheit seine Pensionierung beantragen müssen. Die Höhe der Pension ist bei seinem neben freier Wohnung nur 200 Thlr. betragenden Gehalte von der l. Regierung auf 111 Thlr. festgesetzt worden. Die jüdische Gemeinde will bei der sich in Folge der Auswanderung stark verminderten Schülerzahl von nur 80 Kindern ihre bisherige zweifelhafte Schule hierbei zugleich zu einer einklassigen machen, was ihr höhern Orts nach richtig erkannter Sachlage auch genehmigt werden soll. Die evang. Schulgemeinde ist hier bei nur gleicher Schülerzahl wieder mit der Einrichtung ihrer einklassigen Schule in eine zweifelhafte vorgegangen. Ob letztere dies durchzuführen können wird, ist sehr zweifelhaft, da dieselbe im Grundbesitz bereits 1100 Morgen durch Verkäufe verloren hat, und die bisher eingeschulden ländlichen Dörtschaften mit dem neuen Jahre ihre eigene Schule in Stolzenin haben werden. — Kirchlich wurde hier wieder eine deutsche Ackerbürgerwirtschaft von 100 Morgen parzellirt verkauft, wozu sich polnische Käufer in Menge gefunden und hohe Preise gezahlt haben.

**Aus dem Gerichtssaal.**

Posen, 14. November. (Schwurgericht.) Der frühere Landbriestträger Karl Busch zu Posen, welcher gestern vor dem hiesigen Schwurgerichte erschien, ist angeklagt, vier ihn zur Ablieferung an die Adressaten übergebene Postanweisungen nicht abgegeben zu haben, den Quittungsvermerk selbst unterschrieben und das darauf erhobene Geld, zusammen 43 Thlr. 11 Sgr. 7 Pf., in seinem Nutzen verwandt zu haben. Der Angeklagte ist der That vollständig geständig, als Motiv giebt er an, er sei in alzu großer Noth gewesen, habe den Schaden später wieder ersetzen wollen, wie er bereits auch bei einem Theile des unterschlagenen Geldes gethan. Da denselben von Seiten des Staats-Anwaltes von vornherein mildernde Umstände zugebilligt wurden, konnte ohne Zuziehung von Geschworenen verhandelt werden. Der Gerichtshof verurtheilte den Angeklagten zu 4 Monaten Gefängnis. — Hierauf wurde gegen den Kutscher Valentin Wozniak aus Zerzeye wegen versuchten Verbrechens gegen die Sittlichkeit und Widerstandes gegen die Staatsgewalt verhandelt. Die Sache ist bereits nach Begehung der That im Juli d. J. von den Zeitungen ausführlich besprochen worden, so daß wir uns heute der weiteren Ausführung enthalten können. Die Verhandlung, welche unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführt wurde, endete mit der Freisprechung des Angeklagten, nachdem die Geschworenen das „Nichtschuldig“ ausgesprochen hatten. Dieses Resultat war Vielen, die an der Verhandlung Theil genommen haben wie auch den Angeklagten selbst ein unerwartetes, und wird nicht verfehlen, Aufsehen zu erregen.

Am 11. Februar d. J., am Fastnachts-Sonntage, wo jeder Mensch berechtigt ist, vergnügt zu leben, hatten sich in der Kneipe zu Krons mehrere Bauern beim Trunke amüßigt, darunter auch der heutige Angeklagte, der Knecht Johann Michalski aus Kruszewo und sein früherer Dienstherr Nowaczyl. Letzterer, der die Lust verspürte, noch ein anderes Lokal zu besuchen, zog aus der Tasche seinen Geldbeutel, um seine Beche zu bezahlen. Sieben harte Thaler glänzten dem Michalski, der, wie Vorkaten ergaben, über „Mein“ und „Dein“ etwas verworene Begriffe zu haben scheint, in die Augen. Wiederrum überkam ihn Gedanken darüber, wie ungerecht doch die Güter der Welt vertheilt seien und er faßte den Entschluß, den Nowaczyl von seinem leidigen Mammon zu befreien. Er folgte ihm in die nächste Kneipe, schlich ihm, als Nowaczyl auch diese verließ, nach, warf ihn von hinten zu Boden und beraubte ihn mit geschicktem Griff des gefüllten Geldbeutels. Hierauf ergriff er die Flucht, in der Hoffnung, daß Nowaczyl ihn in der Dunkelheit nicht erkennen würde. Aber Nowaczyl's Augen sind nicht schlecht, zumal es sich um den Verlust von sieben Thalern handelt, er erkennt den Missethäter und überantwortet ihm dem räthlichen Arm der Gerechtigkeit. Heute leugnet der Angeklagte das Verbrechen, jedenfalls aber sei er so stark betrunken gewesen, daß er seiner Sinne nicht mächtig gewesen sei. Durch die Zeugenaussagen wird aber seine Schuld nachgewiesen und auch festgestellt, daß er nicht sinnlos betrunken gewesen sei, er habe wohl Schnaps getrunken, aber mit „Bersinn“, wie sich ein Zeuge ausdrückt.

Bevor der Herr Vorsitzende die Geschworenen in das Verathungszimmer entließ, machte er dieselben, wahrscheinlich aus Veranlassung der actrigen Freisprechung eines Frevlers gegen die Sittlichkeit auf die Pflichten der Geschworenen aufmerksam, indem er ihnen einen eingehenden Vortrag über die Einrichtung und den Zweck der Geschworenenengerichte hielt. Daburch, daß der Staat den Geschworenen die Entscheidung über die Schuld oder die Nichtschuld eines Angeklagten übertragen habe, habe er ihnen, den Männern aus dem Volke, das höchste richterliche Recht anvertraut. Er habe das gethan, im berechtigten Vertrauen auf die Intelligenz und die Sittlichkeit des Volkes. Wohl sei es eine schwere Aufgabe, zu verurtheilen, aber man müsse Ernst und Strenge walten lassen, wo es nötig sei; auf keinen Fall aber dürfe das Recht durch Mitleid gebogen werden.

Die Geschworenen erachteten hierauf den Angeklagten als der Raubes auf öffentlichem Wege für schuldig, nehmen aber mildernde Umstände an, worauf der Gerichtshof denselben zu 2 Jahren Gefängnis und Verlust der bürgerlichen Rechte auf 2 Jahre verurtheilte. Auch der zweite Fall, der heut zur Verhandlung kam, beginnt in einer Kneipe und endigt mit Gefängnis. Mitte Mai dieses Jahres fuhrn 36 Triften von Gieszowa die Warthe herunter. Auf einer derselben befand sich der Angeklagte, Knecht Peter Wasil aus Gieszowo

mit Valentin Zaworski und dessen Neffen Anton Zaworski. In Schwerin a. W. hielten die Triften und ein nicht unberechtigter Durst nach Spiritus den jogen die Köpfer in eine Schänke. Nun soll zwar, nach einem alten deutschen Sprichwort, ein guter Brantwein zu keiner Tagesszeit schädlich sein, Wasil aber, der wohl zuviel des guten geleistet haben mag, macht in der Kneipe ungebührlichen Lärm und wird von der Polizei arretirt. Dieselbe entläßt ihn jedoch wieder auf Veranlassung des Valentin Zaworski und in besterter Stimmung verlassen die Triftenbewohner die ungasstliche Stadt. Auf dem Wege zur Warthe macht Valentin Zaworski dem Angeklagten Vorwürfe über sein Benehmen in der Schänke, da springt derselbe auf seinen Wüthbäuer zu und sticht ihn mit seinem Taschenmesser mehrere Mal in den Arm. Der Neffe des Valentin, Anton Zaworski, will den Wüthbäuer abhalten, da stößt der Wüthherich demselben das Messer in das linke Auge.

Anton Zaworski hat in Folge des Stoßes das linke Auge verloren und Wasil ist nun der schweren Körperverletzung angeklagt. Derselbe räumt ein, nach Zaworski mit dem Messer gestochen zu haben, jedoch habe er nicht die Absicht gehabt, denselben zu verwunden, zumal er sinnlos betrunken gewesen sei. Durch die Zeugen wird befundet, daß der Angeklagte allerdings stark betrunken gewesen sei und sprachte die Geschworenen das Schuldig unter Annahme mildernder Umstände über ihn aus. Der Gerichtshof verurtheilte ihn zu sechs Monaten Gefängnis.

**Wissenschaft, Kunst und Literatur.**

\* Soeben ist die zweite, vom Verfasser kurz vor seinem Hinscheiden revidirte Auflage von Uhlrich's „Sonntag's buch“ in Göttingen, Stolbergsche Verlagsbuchhandlung, erschienen. (Preis 1 Thlr mit Porträt und Facsimile.) Das Buch enthält, wie der Verfasser selbst geschrieben, das Beste, was er während seiner langen Wirksamkeit geschrieben hat. In der Vorrede sagt Uhlrich: „Ich habe mich selbst an meinen Aufsätzen erbaut, es hat mir geschienen, daß die in den späteren Jahrgängen des Sonntag'sblattes nicht besser waren, ja der Gedanke ist mir gekommen, daß die Früchte, der Schwung, der in jenen ist, mir wohl heute nicht mehr so eigen sei wie damals“ u. c.

\* Die „Musikalische Welt“, Sammlung ausgewählter Kompositionen unserer Zeit. Henry Klotz's Verlag in Braunschweig. Das vor uns liegende Oktoberheft bringt in seiner Ausgabe A sechs vortreffliche, leicht spielbare und melodische Original-Clavierstücke und in den Ausgaben B und C (für hohe — für tiefe Stimme) ebenfalls 6 Originalnummern von reisenden Liedern und Balladen beliebiger Meister der Jetztzeit. Der Preis ist im Quartalabonnement für eine jede der drei Ausgaben von 3 Monatsheften zu 6 resp. 5 Musikbogen nur 15 Sgr.

**Staats- und Volkswirtschaft.**

\*\* Die Direction der Berlin-Anhaltischen Bahn hat vor einiger Zeit eine Vertheidigungsschrift in den Berliner Zeitungen erscheinen lassen, die viele Sünden zugestand, aber noch viel mehr Besserung versprach. In dieser Vertheidigungsschrift lautete u. A. der vorletzte Satz wörtlich: „Die Tagesordnung der bald zu erwartenden außerordentlichen Generalversammlung wird überdies versehen lassen, daß die Verwaltungsvorstände sich in jeder Weise die Erhöhung der Leistungsfähigkeit des Unternehmens angelegen sein lassen.“ — Die gestrigen Abendblätter haben nunmehr die Einladung zu einer außerordentlichen Generalversammlung publizirt und deren Tagesordnung mitgetheilt. Letztere lautet wörtlich: 1) Der Bau einer Eisenbahn von einem Punkte der Bahn nach der Niederschlesisch-Märkischen Bahn unter Ausdehnung derselben bis Küstrin. 2) Der Bau einer Eisenbahn von Götzen oder einem nahe bei Götzen gelegenen Punkte der Berlin-Hamburger Bahn nach Jüterbog oder Wittenberg, oder Jüterbog und Wittenberg, und zwar in Gemeinschaft mit der Berlin-Hamburger Eisenbahn-Gesellschaft. 3) Der Bau einer Eisenbahn von Wittenberg nach Wurzen und 4) einer die Entfernung von Jüterbog nach Leipzig abkürzenden Eisenbahn. 5) Die Beschaffung von Wohnungen für Angestellte. 6) Die Emission von fünf Dreiviertel Millionen Thaler Stamm-Aktien. 7) Die eventuelle Uebernahme des Betriebs der Falkenberg-Kohlfurter und Wurzen-Glauchauer Eisenbahnen. 8) Die Abänderung der Bestimmungen unter Artikel VIII. des am 26. Juli 1818 genehmigten Statut-Nachtrages, betreffend die Direktoren. 9) Die Erhöhung des Zuschusses zur Pensions-Wittwen- und Unterstützungskasse.“ — So interessant diese Tagesordnung nun auch ist, so wenig die Wichtigkeit des Baues der in derselben angekündigten neuen Linien verkannt werden kann, so vermag man doch auch mit der reinsten Ruhe in dieser Tagesordnung nicht die Spur zu entdecken, daß die Verwaltungsvorstände sich in jeder Weise die Erhöhung der Leistungsfähigkeit des Unternehmens angelegen sein lassen.“ Die „Trib.“ findet darin die Aussicht angedeutet, daß die Anhaltische Bahn künftighin auch noch neue Linien eben so salschert bewirthschaften will, wie die anderen — aber vom Umbau des Berliner Bahnhofs, von der Vermehrung der Wagen und der Lokomotiven steht in der Tagesordnung auch nicht ein Sterbenswort.

\*\* Berlin-Koblenz. Wie die „Hess. Morgenztg.“ aus Kassel 13. November schreibt, ist in Betreff der Berlin-Koblenzer Bahn bereits eine Entscheidung getroffen, daß die definitiven Vorarbeiten für die zweite über Schweg, Spangenberg, Homberg und Treysa führende Linie ausgeführt werden sollen. Auch soll diese Linie die kürzeste und somit die billigste und zweckmäßigste sein. In der Gegend von Treysa sind seit einiger Zeit bereits Ingenieure mit den geometrischen Vorarbeiten beschäftigt.

\*\* Köln-Mindener Eisenbahn. Bei der Hamburger Bauaktion der Pariser Bahn ist, wie das „Hamb. Fremdenblatt“ schreibt, jetzt die definitive Mittheilung der Köln-Mindener Eisenbahngesellschaft eingegangen, daß die Strecke nach Harburg zum 1. Dezember eröffnet werde. Es werden zunächst sechs Züge hin- und herwärts kursiren.

\*\* Aus Leipzig schreibt man der „Vri.-Ztg.“: In der Desfauer Credit-Anstalt herrscht jetzt, nach Aufbesserung der finanziellen Verhältnisse der Anstalt, ein rübriges Leben. In der am 11. d. Mts. in Leipzig abgehaltenen Sitzung des Aufsichtsraths handelte es sich vorzugsweise darum, die Rentabilität der der Anstalt gehörigen Werke zu erhöhen. Zur Erzielung größerer und billigerer Produktion auf den werthvollen Kohlenwerken in Wöhmen wurde beschlossen, daselbst noch einige Fördererhöhen anzulegen, und da die Mittel hierzu bereitstehen, mit diesen Arbeiten sofort zu beginnen. Die Eisensteinfelder in Westphalen, die nach dem Urtheil eines kürzlich hierüber gehörten Sachverständigen, erheblichen Werth haben, sollen für eine bestimmte, art und für sich bedeutende Summe aufgeschloffen werden, um auf diese Weise den wirklichen Werth derselben festzustellen. Man hofft, daß der Aufschluß der Eisensteinfelder dahin führen werde, den Hochofenbetrieb auf der Zulfianenbütte bei Aemcke unter günstigen Verhältnissen wieder aufnehmen zu können. Mit allgemeiner Befriedigung wurde davon Kenntniß genommen, daß der bei Weitem größte Theil der alten Aktien bereits gegen Neu-Aktien umgetauscht ist.

\*\* Kohlen. Dortmund, 12. Novbr. Für industrielle Kreise dürfte vielleicht die Mittheilung von Interesse sein, daß heute für ein industrielles Werk in Hannover ein hiesiger Agent einen „Noth-Ankauf“ von 1000 Waggons melierter Kohlen (Förderant), lieferbar innerhalb 7 Monaten (ein Monat unter 100 Waggons), abgeschlossen hat und zwar zu dem Preise von 34 Thlr. pro 100 Ztr. — sage 34 Thlr. pro 100 Ztr. (Eiff. Ztg.)

\*\* Dreyer Kohlenwerke. Auf die Zeichnungen auf Aktien der Dreyer Kohlenwerke wird eine kleine Reduktion eintreten.

\*\* Ueber den Werth des ararischen Grundbesitzes in Ungarn erhält der „Pester Lloyd“ folgende Daten: An Staatssteuern wird entrichtet von der Landwirtschaft 386,000 fl., von der Forstwirtschaft 805,000 fl., zusammen 1,191,000 fl. Aus der hundertfachen Summe dieser Steuer ergibt sich der Werth des Besitzes mit 119,100,000 fl. Von den Regalien wird an jährlicher Steuer entrichtet 900,000 fl.; aus dem zwanzigfachen Betrag dieser Steuer resultirt der Werth der Regalien mit 18,000,000 fl., wovon jedoch die 40pro. Manipulationskosten, kapitalisirt mit 7,200,000 fl., in Abzug zu bringen sind. Es bleibt ein Werth in der Höhe von 10,800,000 fl. Die



**Schwedische Sago-**  
**Schleif-Schmiere**  
aus der  
**G. G. Hanks**  
von  
in  
Bei regelmäßigem Gebrauch  
dieser reinen, fetten Leder-  
schmiere wird jedes Leder  
schon vor dem Zerbrechen  
Schuppen, Schuppen, Schuppen,  
Spritzschäden, Blasenver-  
dicht und schließlich vor dem  
gefällig. Niederlage bei Hr.  
**W. Brasch**, Wasserstraße 6.

**Gelenk-Rheumatismus,**  
**Podagra**  
heilt auch in den hartnäckigsten Fällen  
bei genauer brüchiger Mittheilung nach  
bewährter Methode  
**Krebs,**  
Apotheker in Uscz.  
Bäckerei 10 ist ein klein's möbl  
Zimmer sofort zu verm.

**Ungesalzene Tafel-**  
**Butter**  
von Dom. Rudz, durch ihren feinen  
Geschmack beliebt, ist pfundweise frisch  
frisch durch die Restauration von  
**Kurnatowski & Co.,**  
Wilhelmsstr. 26, zu beziehen.

Zur  
**Kölner Dombau-Lotterie,**  
Hauptgewinn:  
**25,000 Thlr.,**  
derenziehung am 16. Jan. 1873  
stattfindet, sind Loose à 1 Thlr. in der  
**Expedition der Posenener Zeitung**  
zu haben.  
Auf dem Wilhelmsplatz Nr. 16, ist  
im 2. Stock des Hinterhauses eine  
**Wohnung, aus 2 Zimmern u. 1 Küch-**  
bestehend, vom 1. Dezember, oder auch  
von Neujahr ab, zu vermieten.

Zwei Schlafstellen sind Wilhelms-  
straße 2, im Hofe, sofort zu vermieten.  
Vom 1. Januar wird eine Woh-  
nung, bestehend aus 3 Zimmern  
und Küche, gesucht. Der Ofen  
abzugeben Große Gerberstraße Nr. 26,  
parterre, links.

Für meine drei Töchter im Alter von  
8 bis 12 Jahren suche ich eine  
**Erzieherin,**  
die auch Klavierunterricht erhält, zum  
neuen Jahre.  
**Morgenstern,**  
Ryszewo per Budziszlaw.

Ich suche zum 1. Januar 1873 einen  
**Wirtschafts-Inspektor.**  
Nur persönliche Vorstellung wird be-  
rückichtigt.  
**W. v. Treskow,**  
auf Chudow.

Auf Dominium Samoczyna wird von  
Neujahr ab eine  
**Wirthschafterin**  
gesucht, die auch mit Jungviehzucht ver-  
traut ist. Gehalt 50 bis 60 Tl.  
Rückständige mögen sich unter Beifügung  
ihrer Mittheilung, beim Gutsbesitzer  
Santig daselbst.

Eine Wirthschafterin  
in gelehrten Jahren welche in der Vieh-  
zucht Wirthschafterin u. dgl. gründ-  
lich erfahren ist, sucht sofort oder zum  
1. Januar l. J. dauernde Stellung.  
Näheres unter **N. N. Ruslin**  
posto restante.

Gebüde Näherinnen, gleich z. Ma-  
schinenarbeit, finden Beschäftigung.  
**M. Bernhardt,**  
Neust Markt 6, 2 Tr.  
**Lehrlingsstelle**  
vacant in **Eisner's Apotheke**

**Majoratsherrschafft**  
**Wróblewo**  
sucht von Neujahr ab einen  
unverheiratheten, zuverlässigen  
**Kammerdiener,**  
welcher sich durch gute Zeug-  
nisse ausweisen kann und  
längere Zeit in hohen Häu-  
fern fungirte, auch der poln.  
Sprache mächtig ist.  
Zeugnisse werden franco  
posto rest. **Wronke**  
erbeten.

Ein junger Mann, d. r. eine erweiterte,  
einfache Buchführung selbstständig zu  
leiten versteht, sucht Stellung zum  
1. Januar 1873. Näheres **N. J. 44,**  
posto restante Posen.

**Stellensuchende**  
junge Kaufleute, aller Branchen, können  
stets Engagements nachweisen erhal-  
ten durch **Z. Guttmann's**  
merk Nachw.-Gesch. Ratto u. D. S.  
zur Rückf. eine Merk. beizufügen.

**Einen Commis,**  
welcher der deutschen und polnischen  
Sprache mächtig ist, so wie einen  
Lehrling  
sucht die Eisenwaarenhandlung von  
**August Herrmann.**

**Ein Commis,**  
der polnischen u. deutschen Sprache mäch-  
tig, welcher eine Specie-Geschäft selbst  
ständig zu leiten versteht, fi. bei zum  
1. Januar 1873 Stellung. Näheres  
durch Anfragen mit Beilegung der Zeug-  
nisse unter **Z. M.** posto restante  
Rawicz.

**Börsen-Telegramme.**

**New York, den 8. Novbr.** Goldagio 13 1/2 Bonds 1885. 112 1/2  
**Berlin, 15. Novbr.** (Anfangs-Kurse.) Weizen fest per Nov. 82.  
Korn-Mai 82. Roggen fest, loco 56, Novbr.-Dez. 56 1/2. April-  
Mai 56 1/2, Juni 56 1/2. Rüböl still, loco 23, Novbr.-Dez. 22 1/2.  
April-Mai 22 1/2, Juni 22 1/2. Spiritus feiner, per Nov. 18, 19, April  
Mat 18, 2, Mai Juni 18, 23. Safer behpt per Novbr. 46. Petro-  
leum 15 1/2. Rüböl-Pfeifer 55 1/2, Staatsbahn 205 1/2, Lombarden 125 1/2.  
Italiener 65 1/2, Amerikaner 56 1/2, Oesterreich. Kreditaktien 208 1/2, Lärten 51 1/2.  
Bondsstimmung: fest, animirt. — Weiter: regnerisch.

**Spiritus** (pr. 10,000 Liter pEt.) n edriger. Kündigungspreis 1 1/2. per  
Novbr. 17 1/2 bz u. B., Dezbr. 17 1/2 bz u. B., Januar 17 1/2 bz u. B., Februar  
17 1/2 bz u. B., März 18 B., April-Mai 18 1/2 bz u. B., Mai 18 1/2 B., Juni  
18 1/2 B., Juli 18 1/2 B.

**Privat-Cours-Bericht.**  
Posen, 15. Novbr. Tendenz: Sehr fest und beliebt.

Deutsche Fonds.		Ostd. Produktenbank	
Posen. 3proz. Pfandbr.	93 B		96 B
dito 4proz. Pfandbr.	90 1/2 B	Pos. Dr. Wechs. Dkt B	101 1/2 bz B
dito 4proz. Rentenbr.	94 1/2 B	Pos. Provinzial-Bank	113 1/2 B
dito 5proz. Prov.-Dbl.	100 1/2 B	Pos. Bau-Bank	—
dito 5proz. Kreis-Dbl.	100 B	Schles. Bankverein	178 1/2 B
dito 4proz. Kreis-Dbl.	91 B	Tellus-Aktien	106 1/2 bz B
dito 4proz. Stadtblg.	88 B	Preuß. Kredit	149 1/2 B
dito 5proz. Stadtblg.	100 B	dito Bodenkredit	264 1/2 B
Rordd. Bundesanl.	—		
Preuß. 4proz. Konsols	103 B	Eisenbahn-Aktien.	
dito 4proz. Anleihe	95 1/2 B	Aachen-Mastricht	48 1/2 B
dito 3proz. Staatsfch.	89 1/2 B	Bergisch-Märkische	136 B
Röln-Mind. 3 1/2 pr. S.	95 1/2 B	Berlin-Görlitzer St.-A.	105 1/2 B
		Böhmische Westbahn	110 1/2 B
		Brest-Grajewo	38 1/2 B
		Crefeld, Kr. Kemp. Spr.	89 1/2 B
		Röln-Mindener	172 B
		Galizier (Carl-Ludwig)	105 1/2 B
		Halle-Sorau-Guben	66 B
		dito Stammprior.	86 1/2 B
		Hannover-Altenbecken	79 B
		Kronprinz-Rudolphsb.	80 B
		Lüttich-Eimburg	33 1/2 B
		Märkisch-Pol. St.-Akt.	55 1/2 B
		dito Stamm-Prior.	80 B
		Magd.-Halberst. 3 1/2 pr. B.	84 1/2 B
		Deutr.-Franz. Staatsb.	205 B
		Deutr. Südb. (Komb.)	—
		ultimo	125 B
		Ostpreuß. Südbahn	44 1/2 B
		Rechte Oberuferbahn	133 B
		Reichenberg-Pardubitz	79 1/2 B
		Rhein-Rabe	49 B
		Schweizer Union	23 1/2 B
		dito Westbahn	53 B
		Stargard-Posen	100 1/2 B
		Rumanische	48 1/2-49 B
		Berlin-Dresden Stamm	85 B

Ausländische Fonds.	
Amer. 6proz. 1882 Bonds	96 1/2 B
dito dito 1885 Bonds	97 1/2 B
Deutr. Papier-Rente	60 1/2 B
dito Silberrente	64 1/2 B
dito Loose von 1860	95 1/2 B
Italienische Rente	65 1/2 B
Russisch-engl. 1870er Anl.	91 1/2 B
dito dito 1871er Anl.	90 1/2 B
Russ. Bodenkredit-Pfbr.	91 1/2 B
Poln. Liquid. Pfandbr.	64 1/2 B
Lär. 1866 6proz. Anl.	51 1/2 B
dito 1869 6proz. Anl.	61 1/2 B
Türkische Loose	176 1/2 B
Russische Noten	82 1/2 B
Oesterreichische Noten	93 B

Bank-Aktien.	
Berliner Bankverein	165 B
dito Bank	127 1/2 B
dito Produkten-Handbl.	87 B
dito Wechsler-Bank	80 B
Breslauer Diskontobank	142 1/2 B
Berliner Disk.-Kombd.	347 B
Central-Anst.-Bank	146 1/2 B
Deuts. hyp. Vt. Berlin	96 1/2 B
Centralb. f. Ind. u. Hand	121 1/2 B
Kwilecki, Bank f. Schw.	100 B
Meininger Kreditbank	167 1/2 B
Deutr. Kredit	207 1/2 B
Ostdeutsche Bank	111 1/2 B

**Prämienklasse:**

Posener Privat-Marktbericht vom 15. November 1872.	
Weizen: beachtet.	feiner 90-93 Thlr mittel 84-88 ordinär und defekt 75-80
Roggen: feiner.	feiner 58-59 1/2 mittel 54 55 ordinär 52 53
Gerste: un verändert.	feine 43-50 mittel und ordinär 43-55
Reinsaat: behauptet.	78-80
Safer: offerirt.	feiner 28 1/2-29 1/2 mittel und defekt 25-27
Erbsen: beachtet.	Koch- 54-58 Butter- 49 50
Delsaat: matter.	Raps 100-102 Rübren 100-102
Widen:	roth 1125 p. 1125 p. weiß 50 p. 50 p.
Rlee:	roth 875 p. 875 p. weiß 50 p. 50 p.
Buchweizen: gefragt.	44 50
Lupinen:	gelbe blaue

**Breslau, 14. November.** Das Ausbleiben der gestrigen auswärtigen  
Notierungen veranlaßte die Börse zu einer gewissen Zurückhaltung; nach Ein-  
treffen günstiger Wiener Kurse, besserte sich die Stimmung, ohne daß sich  
jedoch größere Umsätze vollzogen. Für einheimische Banken zeigte sich zu den  
gewöhnlichen Kursen Ende der Börse Begehr und schlossen dieselben gegen  
gestern erhöht. Für Kredit machte sich nach Schluß der Börse große Kauf-  
druck und Verlag von **W. Deder & Co.** (E. Köchel) in Posen.

luft bemerkbar und stiegen dieselben bei kolossalen Umsätzen bis 20 1/2  
nachdem dieselben 20 1/2-20 1/2 im Laufe der Börse gehandelt wurden.  
Lombarden geschäftslos. Franzosen 205 begehrt. Wiener Merkurbank 113 B.  
Wiener Union 170 B. 170 1/2 B. Von Banken zeigte besonders Wechselb.  
eine recht günstige Haltung 142 1/2 eröffnend, schlossen dieselben 144. Schles.  
Bankverein anfangs gedrückt 178 1/2 bez., blieben 179 1/2 B. Junge Diskontob.  
Bank wenig verändert. Schles. Boden-Kredit niedriger angeboten. Schles.  
Bereitsbank recht fest und beliebt 117 B. Leipziger Diskontobank 112 1/2 B.  
112 1/2 B. Eisenbahnen still. Oder-Ufer zu herabgesetzten Kursen begehrt.  
Industrie-Aktien still. Laura anfangs gedrückt, schlossen wenig niedriger wie  
gestern, 23 1/2 B. Immobilien stark meland. Schles. Kohlen-Werte 126  
Geld. Fonds still. Berliner und Wiener Anfangskurse bekannt. Prämien-  
Kredit 208 1/2-209 1/2-2 bez. u. Gd. Lombarden 126-1 Gd. Schles.  
Bod.-Kred.-Pfbr. 96 1/2 B. Schles. Boden-Kredit 110 bez. u. B.

**Produkten-Börse.**

**Magdeburg, 13. November.** Weizen 77-82 Rt., Roggen 57-61 Rt.  
Gerste 59-73 Rt., Hafer 47-50 Rt. für 2000 Pfd. (B. u. Hds.-B.)  
**Breslau, 13. Novbr.** (Amtlicher Produktenbericht. In Quantität  
ten pro Tonne von 2000 Pfd. Bollgewicht.) — Weizen loco unverändert, hoch-  
bunter 84-90 Rt. B., bunter 76-85 Rt. B., rother 75-82 Rt. B. —  
Roggen loco unverändert, inländischer 46-53 Rt. B. loco russischer 43-50  
Rt. B., pro Novbr. 51 Rt. B., 50 Gd., Frühjahr 1873 52 1/2 B., 51 1/2 B.  
Gerste loco große 42-52 Rt. B., kleine 42-52 B. — Hafer loco 83-88  
Rt. B., pro Frühjahr 1873 42 B., 41 Gd. — Erbsen flau loco weiße 43-48  
Rt. B., grau 50-63 B., gelbe 48-57 B. — Bohnen loco 43-48 Rt. B.  
— Wicken flau loco 37-42 Rt. B. — Leinsaat loco feine 80-90 Rt. B.,  
mittel 65-80 Rt. B., ordinäre 45-65 Rt. B. — Rüböl loco pro 200 Pfd.  
93-102 Rt. B. — Riebsaat, loco rothe pro 200 Pfd. — Rt. B., weiße —  
— Thymolthum loco pro 200 Pfd. — Rt. B. — Rüböl loco pro 100 Pfd.  
ohne Saß 11 1/2 Rt. B. — Seindöl loco pro 100 Pfd. ohne Saß 12 1/2 Rt. B.  
Rüböl pro 100 Pfd. 2 1/2-2 1/2 Rt. B. — Seindöl pro 100 Pfd. —  
Spiritus-Bericht. Spiritus loco ohne Saß per 100 Litres pro 100  
pEt. Eralles und in Posen von mindestens 5000 Litres loco ohne Saß 18 1/2  
Rt. B., 18 1/2 B. (R. S. B.)

**Breslau, 14. Novbr.** (Amtlicher Produkten-Börsenbericht.) Riebsaat  
rothe, fest, ordinär 11-12, mittel 12-13, fein 14-15, hochfein 16 1/2-  
16 1/2 Rt. — Riebsaat, weiße, fest, ordinär 12-14, mittel 15-17,  
fein 18-19 1/2, hochfein 20 1/2-22 Rt. — Roggen (p. 1000 Kilo) ruhiger,  
pr. Nov. 59 1/2 bz u. B., Nov.-Dez. 58 1/2 B., Dez.-Jan. 58 1/2 B. u. G., April-  
Mai 1873 5 1/2 1/2 bz. — Weizen per 1000 Kilo per Nov. 85 B. — Gerste  
per 1000 Kilo per Nov. 52 B. — Hafer 1000 Kilo per Nov. 41 1/2 B.,  
April-Mai 45 1/2-1/2 bz. — Raps per 1000 Kilo per Okt. 10 1/2 B. — Rüböl  
per 100 Kilo etwas matter loco 22 1/2 B., pr. Novbr. 22 1/2 bz u. B., Nov.-Dez.  
22 1/2 B., Dez.-Januar 22 1/2 B., Jan.-Febr. —, neue Ulfance —, April-Mai 1873  
23 1/2 B., Schlicht 1/2 B. u. G., neue Ulfance 24 1/2 B., Mai-Juni neue Ulfance 24 1/2  
B. Sept. Okt. neue Ulfance 24 1/2 B. Spiritus pr. 10 Liter à 100 1/2  
wenig verändert, loco 18 bz u. G., 1/2 B., pr. Nov. 18 1/2-1/2 bz u. B., Nov.-  
Dez. 18 1/2 B., Dez.-Jan. —, Januar-Febr. —, April-Mai 18 1/2-1/2-1/2 bz  
Mai-Juni 18 1/2 B. — Biri ohne Ulfang  
Die Börsen-Kommission.  
Breslau, den 13. Novbr.

**Preise der Cerealien.**

In Thlr., Gr. und Pf. pro 100 Kilogramms.	feine			mittlere ord. Waare.		
	Th.	Gr.	Pf.	Th.	Gr.	Pf.
Weizen w. do. g. Koggen Gerste Hafer neu Erbsen	9	6	—	8	13	—
	8	20	—	8	5	—
	6	8	—	6	2	—
	5	12	—	5	10	—
Per 100 Kilogramm Netto	4	14	—	4	8	—
	5	15	—	5	—	—
	—	—	—	—	—	—
	—	—	—	—	—	—
Kaps Winter-rübren Sommer-rübren Dotter Schlaglein	10	10	—	9	25	—
	9	17	—	9	2	—
	8	17	—	8	22	—
	8	17	—	8	27	—
Brot (Hds.-B.)	8	15	—	8	15	—
	8	15	—	8	15	—
	8	15	—	8	15	—
	8	15	—	8	15	—

**Bromberg, 14. November.** Wetter: trübe. Morgens 4° + Mit-  
tags 6° +. — Weizen: 125 128pfd. 78-83 Thlr., 129 131pfd. 84  
— 86 Thlr. pr. 1000 Kilogramm. — Roggen: 20-122pfd. 53-54 Thlr.  
pr. 1000 Kilogramm. — Spiritus 18 1/2 Thlr. pr. 100 Liter à 100 1/2.  
(Brom. Stg.)

**Verzeichniss**  
der  
bei dem Postamt in Posen ankommenden und abgehenden Posten.

Ankommende Posten.		Abgehende Posten.	
Pers.-Post von Wreschen 3 U. 55 M.	irrh Pers.-Post n. Schwerin a. W. 6 U. 45 M.	irrh	irrh
- Wngrowitz 4 - - -	- Pleschen 7 - - -	-	-
- Krotoschin 6 - 50 - -	- Wngrowitz 7 - 20 - -	-	-
- Stenzewo 8 - 10 - -	- Kurnik 8 - 30 - -	-	-
- Obornik 8 - 20 - -	- Stenzewo 5 - 30 Nachm.	-	-
- Ostrowo 8 - 50 - -	- Obornik 6 - - -	-	-
- Kurnik 8 - 55 Nachm.	- Krotoschin 8 - 20 - -	-	-
- Wngrowitz 8 - 5 Abends	- Ostrowo 9 - 30 Abends	-	-
- Pleschen 8 - 15 - -	- Wngrowitz 11 - 30 Nachts	-	-
- Schwerin a. W. 8 - 20 - -	- Wreschen 11 - 45 - -	-	-

**Neueste Depeschen.**

**Innsbruck, 14. November.** Die liberalen Abgeordneten erklärten  
dem Landeshauptmann, an weiteren Landtagsitzungen nicht mehr  
theilnehmen zu wollen. Der Statthalter schloß den Landtag durch ein  
Schreiben an den Landeshauptmann im speziellen Auftrage des Kaisers  
wegen Verweigerung der Pflichterfüllung und dadurch herbeigeführter  
Beschlusshemmungsfähigkeit des Landtages.